



# Wortprotokoll

der 155. Sitzung vom 30. November 1977

# Resoconto integrale

della seduta n. 155 del 30 novembre 1977

VII. Legislatur  
VII Legislatura  
1973 - 1978

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 155. SITZUNG  
30.11.1977

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 247/77: "Riforma del diritto di edificare". . pag. 3

Disegno di legge provinciale n. 230/77/bis: "Modifiche al vigente ordinamento del personale addetto alla formazione professionale provinciale". . . . . pag. 38

Interrogazioni e interpellanze. . . . pag. 58

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 247/77: "Baurechtsreform". . . . .Seite 3

Landesgesetzentwurf Nr. 230/77/bis: "Änderungen zur geltenden Personalordnung der Berufsausbildung". . . . . Seite 38

Anfragen und Interpellationen. . . .Seite 58

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

Dott. LUIS DURNWALDER

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ORE 9.50 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Es haben sich der Präsident des LA Dr. Magnago und die Abgeordneten Nicolodi, Gouthier und Neuhauser entschuldigt. Wir fahren weiter mit der Behandlung des Punktes 7 der Zusatz zur Tagesordnung Landesgesetzentwurf Nr. 247/77: "Baurechtsreform".

Disegno di legge provinciale n. 247/77: "Riforma del diritto di edificare".

Es hat das Wort Landesrat Benedikter.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Zu den Fragen die in der Generaldebatte aufgeworfen worden sind folgendes.

Abgeordneter Sfondrini hat darauf hingewiesen, wie die Gemeinden sich bisher geholfen haben, indem sie einerseits verpflichtet waren Konzessionen zu erlassen, andererseits darauf gewartet haben, daß mit Landesgesetz die Baukostenabgabe als solche anders geregelt werde als beim Staatsgesetz. Mir ist bekannt, daß sie auf Grund Anratens des Gemeindeverbandes eine Kautio in den Fällen verlangt haben dürften, wo es eben zur Kautio gekommen ist und zwar eine Kautio in Form von Bankgarantien für die gemäß Landesgesetz noch festzusetzende Baukostenabgabe.

Was die Tatsache betrifft, daß in unserer Baukostenfestsetzungsverordnung nur Bezug genommen wird auf den Standort und auf die Bestimmung, d.h. ob Wohnung, ob Handelsbetrieb oder ob Industriebetrieb, nicht hingegen aber auf die sogenannte Typologie und nicht auf die Merkmale der Wohnungen, möchte ich nur bemerken, nachdem wir vorgesehen haben, daß bei den Wohnungen erstens der Eigenbedarf, zweitens alle jene die sich dem sogenannten konventionierten Wohnbau unterwerfen und drittens jene die in der Landwirtschaft einen Hof neu erbauen befreit werden, so daß ein Großteil der Wohnungen nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für diesen konventionierten Wohnbau befreit werden, wobei man sich der Vereinbarung unterwirft mit der die Verpflichtung übernommen wird für 20 Jahre nur zu dem sozialen marktwirtschaftlichen Mietzins zu vermieten. Es bleibt somit, wenn es Ferienwohnungen sind, daß sie einheitlich besteuert werden können und einheitlich in dem Sinne, daß man sie echt besteuern kann und selbst-

verständlich haben unsere Gemeinden das besonders beantragt. Andererseits wurde gesagt, daß man die Berechnung der Baukosten so einfach als möglich gestalten soll und zwar auf derselben Grundlage wie bisher auch die Erschließungsbeiträge berechnet worden sind.

Der Staat hat vier verschiedene Gruppen und unter diesen Gruppen noch einmal drei bis zehn Untergruppen, so daß wenn man alles kombiniert mindestens 20 verschiedene Klassen herauskommen, was selbstverständlich die Gebahrung dieser Abgabe nicht erleichtern würde, während sich die Gebahrung der Erschließungsgebühren in ihrer Einfachheit bestens bewährt hat.

Nun zur Vereinbarkeit mit dem staatlichen Reformgesetz und besonders zur Festlegung der vier Prozent Nettoverzinsung. Ich möchte darauf hinweisen, daß es im Art. acht, erster Absatz, Buchstabe b) des staatlichen Gesetzes heißt: "Es bleibt den Regionen überlassen die näheren Bedingungen des sogenannten konventionierten Wohnbaues festzusetzen". Weiters heißt es, "der Preis beim Verkauf und auf denselben Preis stützt sich dann auch die Festsetzung der Miete. Der Preis soll aufgrund der Kosten des Grundes, der Baukosten, der Erschließungsgebühren und selbstverständlich auch der Projektierung und der Finanzierungsausgaben, also Zwischenfinanzierung usw. errechnet werden". Also ist dort ausdrücklich darauf Bezug genommen, daß die Regionen diesen Preis auf Grund der Grundpreise, der Baukosten und auch aller Nebenkosten, festsetzen sollen so daß, wenn wir sagen unser Mietzins baut auf den Baukosten und nicht nur auf den Grundpreis, so ist im Artikel acht des Staatsgesetzes die Grundlage dafür schon gegeben. Im übrigen möchte ich jetzt darauf hinweisen, daß dieser soziale marktwirtschaftliche Mietzins, ich möchte ihn so bezeichnen, mit diesen vier Prozent genau dem entspricht, was in der Bundesrepublik Deutschland geboten wird und zwar den gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften. Unter gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften versteht man Gesellschaften, Unternehmer die also ohne Gewinnabsichten bauen. Nach den Bestimmungen des Wohnbaugemeinnützigkeitsgesetz werden Wohnungen für die breiten Schichten der Bevölkerung, ohne Erwerbs- und Eigeninteresse errichtet, verwaltet und veräußert. Es wird nur eine kostendeckende Miete verlangt und es wird gestattet eine Jahresdividende von vier Prozent auszuschütten.

Diese gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften bewirtschaften in Deutschland 3,2 Millionen Wohnungen auf 15 Millionen Wohnungen die zwischen 1949 und 1976 gebaut worden sind, während der soziale Wohnbau insgesamt 6,3 Millionen von diesen 15 Millionen gebaut hat. Es hat sich in Deutschland diese Formel bewährt.

Ich entnehme diese Daten einem Bericht der Bundesrepublik, des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: "Nationalbericht für die Konferenz der Vereinten Nationen über menschliche Siedlungen", der in Sommer 1976 abgehalten worden ist, also ein offizieller Bericht. Also man könnte diese gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften mit unserem Institut vergleichen, nur mit dem Unterschied selbstverständlich, daß das

Institut nicht vier Prozent Dividende ausschüttet.

Es wurde weiters gefragt warum der Baurat nicht befragt worden ist? Wir haben bei den Änderungen des Wohnbaureformgesetzes gesehen, daß der Beirat eineinhalb Monate gebraucht hat um sein Gutachten abzugeben und wir konnten selbstverständlich nicht voraussehen wie lange die Behandlung des einen Gesetzes braucht, aber angesichts der Dringlichkeit dieses Gesetzes, und ich möchte mich hier nicht wiederholen, die Begründung kennen wir, wäre es nicht zu verantworten gewesen, denn man hätte auf jeden Fall den Bericht des Beirates abwarten müssen, bevor das Gesetz im Landtag behandelt wird. Wir haben z.B. das Gesetz über die Wohnbaureformgesetz-änderungen Anfang Oktober dem Beirat unterbreitet und die Berichte sind, wie sie wissen, in der zweiten Novemberhälfte hier eingelangt. Abgesehen davon, handelt es sich um ein Gesetz, womit letzten Endes ein Staatsgesetz übernommen wird und zwar mit den Grundsätzen die im Staatsgesetz enthalten sind.

Es ist auch die Frage gestellt worden, was geschieht wenn das Gesetz nicht verabschiedet wird und es nicht zum Jahresende in Kraft tritt, d.h. bis dahin nicht den Sichtvermerk erhält. Dann müssen die Gemeinden voll und ganz das Staatsgesetz anwenden. Das Staatsgesetz ist seit 31. Jänner 1977 in Kraft und auch für Südtirol in Kraft und müßte dann ohne Vorbehalte angewendet werden.

Um zu Abgeordneten Jenny: Er hat sozusagen appelliert sachlich zu diskutieren. Ich wäre sehr froh sachlich diskutieren zu können, auch mit Abgeordneten Jenny. Ich möchte hierzu eines sagen: wir müßten uns doch wenigstens darauf einigen, daß dieselben Worte die wir gebrauchen, ob sie also von der Regierungsseite oder von der Oppositionseite her gebraucht werden, denselben Inhalt haben. Das heißt einen Inhalt, einen Begriff, der in der westlichen Welt allgemein angenommen wird. Jenny spricht von der Planwirtschaft und spricht dann vom System. Also, daß wir uns einig sind, daß dieselben Worte demselben Inhalt entsprechen und daß auch Jenny elementare politische Gegebenheiten, über die man wirklich nicht streiten sollte zur Kenntnis nimmt. Darunter meine ich Südtirol, jedenfalls so wie es heute ist, als Bestandteil der italienischen Republik.

Daß die italienische Republik kein Bundesstaat ist, sondern ein gemäß Artikel fünf der Verfassung ein Einheitsstaat ist "una e indivisibile" also nicht eine bundesstaatliche Verfassung hat, so daß wir nolens volens uns, man braucht nur das Autonomiestatut nachzulesen, auch dort wo eine primäre Gesetzgebung da ist, nicht mehr an die Verfassung sondern an die Grundsätze und an die grundlegenden Normen der gesamtstaatlichen Reformen halten müssen. Wenn da immer wieder die Rede ist vom System das abgeschaffen werden muß, ja dann bitte, die Abschaffung des Systems, und ich meine damit die grundlegenden Normen an die wir uns halten müssen, wie überall in der Landwirtschaft gleich wie im Volkswohnbau sind, kann nur dann erfolgen, wenn Südtirol entweder einen Einzelstaat darstellt, der etwa mit Italien nur mehr in einem Bunde steht, also als Einzelstaat in einem Bundesstaat es mit Italien zusammenhängt oder wenn Südtirol sich

von Italien loslöst.

Es hilft gar nichts, zu sagen in Wien ist es so und die Wiener sind abgekommen von der sogenannten Planwirtschaft und sind umgestiegen auf etwas anderes, oder in Vorarlberg oder in Bayern wo immer sie wollen ist es so und so. Ich meine wenigstens diese Voraussetzungen müßten gegeben sein, denn sonst kann man eben nicht diskutieren, dann hat es keinen Sinn.

Was die Planwirtschaft betrifft, so möchte ich Dr. Jenny fragen was er darunter versteht. Ich habe mir eine Definition dazu herausgesucht, die nicht aus der katholischen Soziallehre ist, sondern die aus der letzten Ausgabe der Brockhaus - Enzyklopädie ist und welcher unter dem Begriff Planwirtschaft folgendes drinnen steht: Planwirtschaft, Wirtschaftsform, bei der, im Gegensatz zur Marktwirtschaft, das gesamte wirtschaftliche Geschehen von einer zentralen Stelle aus nach einem einheitlichen Plan geleitet und gelenkt wird (Zentralverwaltungswirtschaft).

Wenn auch in jeder Wirtschaftsform geplant wird, so wird der Ausdruck Planwirtschaft meist eingeengt auf eine Organisationsform, in der man die Verwirklichung eines Zentralplanes anstrebt. Genauer ist der Ausdruck Zentralverwaltungswirtschaft und ist daher die eigentliche Definition. Jetzt, wenn Jenny diesen Begriff im Sinne gehabt hat, dann ist es klar, daß es in Italien keine solche Planwirtschaft gibt, auch nicht vom Zentralstaat her. Diese Zentralverwaltungswirtschaft gibt es anderswo aber nicht in Italien trotz Programmierung usw. Im weiteren Sinne sagt aber derselbe Brockhaus, ist Planwirtschaft auch ein System in dem der Staat in eine prinzipiell marktwirtschaftliche Ordnung eingreift, zur Sicherung der Vollbeschäftigung, zum Schutz der landwirtschaftlichen Produktion und anderes. Da in allen Ländern Eingriffe des Staates in die Wirtschaft stattfinden, wird die Frage ob dadurch Planwirtschaft entsteht, von dem Gesichtspunkt zu entscheiden sein, ob der Staat mit seinen Eingriffen den Marktmechanismus stört oder ob er sich ihm anpaßt.

In Italien als System, dem wir uns ja anpassen müssen, gibt es selbstverständlich auch hinsichtlich des sozialen Wohnbaues, hinsichtlich der Landwirtschaft und hinsichtlich der Industrie einen solchen Eingriff, der aber, meiner Ansicht nach, für Gesamtitalien jetzt marktwirtschaftlich konform ist, in der sozusagen die Situation wie man sie in der Bundesrepublik mit sozialer Marktwirtschaft bezeichnet erscheint, weil er dann die Marktwirtschaft nicht aufhebt und auch nicht stört. Warum? Weil, und nehmen wir unser Beispiel jetzt her, in der Hinsicht daß der staatliche Eingriff liberalisiert ist, d.h. der Staat gibt Mittel für den sozialen Wohnbau und stellt als Werkzeug das Institut zur Verfügung. Was tut das Institut? Das Institut projiziert, berechnet und vergibt dann alle Arbeiten an das freie Unternehmertum. Das Institut hat keinen Bauhof wie ihn Erschbaumer also gern haben möchte.

Alle Arbeiten des Instituts werden an das freie Unternehmertum vergeben, allerdings hat das Institut die Aufgabe z.B. auch einen Teil dieser Mittel, das heißt einen Teil der Mittel die das Land zur Verfügung

stellt, für den Bau von Mietwohnungen zu verwenden, also für solche Familien, die in der heitigen Situation nicht mehr in der Lage wären sich eine Eigentumswohnung zu leisten. Das Institut unterscheidet sich auch insofern von einer gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft, als daß es gewisse Vergünstigungen von Staatswegen hat, z.B. zahlt es weniger Mehrwertsteuern, erhält verbilligte Darlehen von der staatlichen Depositenkasse, aber wie gesagt es vergibt alle Arbeiten an freie Unternehmer.

Das Nächste das ich sagen möchte betrifft auch Abgeordneten Mitolo. Das Institut ist zum Unterschied vom freien Unternehmertum an gewisse Qualitätsnormen gebunden und muß also die Einhaltung dieser Qualitätsnormen bei der Vergabe der Arbeiten, bei der Durchführung der Arbeiten von Seiten des freien Unternehmers überwachen und was kommt heraus? Daß wenn wir die Bauten, die das Institut vergibt, vergleichen mit Bauten die also in der reinen Marktwirtschaft errichtet werden, so ergibt sich bei gleicher Qualität, daß das Institut im Durchschnitt billiger baut. Ein Beweis hierzu: das Institut hat in unserem Auftrag versucht in Bozen in der zweiten Ausbauzone, in der freien Hälfte, zu sehen ob nicht fertiggestellte Bauten, es handelt sich um Großbauten, angekauft werden könnten, um schneller Obdachlosen oder auch den "semirurali" - Einwohnern zu einer anderen Wohnung zu verhelfen, schneller zu evakuieren usw. und es hat sich herausgestellt, daß diese Wohnungen, obwohl in der Qualität minderwertiger, zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent mehr kosten würden und das können wir auf Grund unserer Gesetzgebung nicht zulassen, daß eben das Institut diesen Preis zahlt, diese Prämie zahlt; aber zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent mehr obwohl minderwertiger!

Also wollen wir mit diesem Gesetz ohne planwirtschaftliche Methoden, möchte ich jetzt sagen, ohne diesen mißbrauchten Slogan der Planwirtschaft und mit Methoden der sozial beeinflussten Marktwirtschaft, in Deutschland wird sie soziale Marktwirtschaft genannt, sozial vom Staat her beeinflussten Marktwirtschaft, die leerstehenden Wohnungen gewinnen, ja das stimmt und dieses Gesetz soll zielführender uns dazu verhelfen. Selbstverständlich wäre die echte Planwirtschaft das probate Mittel um alle Wohnungen zentral zu verwalten. Es gäbe dann keine leere Wohnungen mehr, es gäbe kein Luxuskondominien mehr, es gäbe dann keine Zweitwohnungen mehr, es gäbe keine Preistreiberei mehr durch Auswärtige oder wen immer; jedoch kennen wir auch die Kehrseite: es würden überhaupt dann weniger Wohnungen gebaut, denn nur die öffentliche Hand müßte die Wohnungen bauen und niemand würde mehr in den Bau oder in die Sanierung von Wohnhäusern investieren. Und wir wissen, daß die Südtiroler Version, die Südtiroler Fassung der italienischen Intervention, daß sie sich beschränkt auf die Bauland beschaffung und weitgehendste Reprivatisierung. Denn ohne diese Baulandbeschaffungsaktion, immer unter der Voraussetzung des italienischen Systems könnten die von der Provinz für den Bau von Mietwohnungen seit 1973 in Gang befindlichen Programme nicht abgeschlossen werden. Ich verweise da auf die Antwort die ich jüngst gegeben habe, die Antwort an eine Anfrage des Abgeordneten Gouthier, in der alles zu

sammengefaßt ist, und in der gesagt wird, daß rund 3.000 Wohnungen nicht gebaut hätten werden können, trotz der Verzögerungen die eingetreten sind aus verschiedenen Gründen und dann könnten die weiteren 700 Wohnungen, die jetzt programmiert werden, auch nicht so zügig in Angriff genommen werden.

Wir haben vom Abgeordneten Erschbaumer gehört, daß dort wo in Österreich dann die Enteignung durchgeführt wird, auf Grund des Eisenbahnteilungsgesetzes, daß das dort als allgemeines gesetzliches Enteignungswerkzeug dient; er hat gesagt in Salzburg würden dann fünfundreißig Schilling pro Quadratmeter gezahlt, wieviel das ist kann sich jeder selber errechnen.

Ich möchte Abgeordneten Jenny auffordern echte systemgerechte Alternativvorschläge zu machen und zu bringen, wie wir es, im Rahmen dieses uns auferlegten Systems, besser machen könnten.

Was die schwarz gezahlten Zusatzbeiträge betrifft, so möchte ich auf die zwei letzten Absätze des Gesetzes verweisen, und zwar wo dagegen Sanktionen vorgeschrieben sind. Man kann heute noch nicht sagen ob diese Sanktionen ausreichen werden, aber jedenfalls müßten sie auf Antrieb wirken.

Die Wohngeldentrichtung: Wir bieten dem freien Unternehmer, der privaten Bauwirtschaft, um diese sogenannten Parkwohnungen zu gewinnen, also leerstehenden Wohnungen zu gewinnen, sei es für Mieter die selber die Wohnung suchen, sei es für Wohnungen die das Institut für Obdachlose sucht, 4% Verzinsung für die Mieter die die Einkommensgrenze für den Volkswohnbau nicht überschreiten und wo der Mietzins sich dann höher gestalten wird als fünfundzwanzig Prozent des Einkommens. Genau dasselbe gilt in Deutschland. Wir bieten also das Dreinzahlen dem Institut des Mietzinses, so daß der private Hauseigentümer, sozusagen was die Miete betrifft, sicher ist, daß er diese Miete erhält und auch was die Sanktionen betrifft, eben in den verschiedenen Fällen in denen auch die Mieter des Institutes gekündigt werden können. Selbstverständlich gilt, und das möchte ich betonen, in diesen Fällen dann auch das kommende Mietrecht in dem Sinn, daß wenn der Eigenbedarf geltend gemacht werden kann, gemäß kommenden Mietrecht, dieser Eigenbedarf selbstverständlich auch gelten muß. Diese Wohngeldentrichtung hat sich in Deutschland und Österreich trotz der notwendigen Bürokratie - ich gebe zu es bedarf zusätzlicher Bürokratie, nur möchten wir sie auf das Mindestmaß erhalten - als Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft bewährt.

Erschbaumer hat noch gefragt warum 4% in das Gesetz hineingegeben werden. Ja, damit eben die Eigentümer wissen wie sie dran sind, damit sie die gesetzliche Sicherheit haben. Warum hat bis heute, auf Grund des Gesetzes vom Mai dieses Jahres, niemand angebissen? Weil eben die gesamtstaatliche Mietrechtsregelung mit dem staatlichen sogenannten gerechten Mietzins unterwegs ist und man sich auch vorstellen könnte, daß diese gesamtstaatliche Regelung dann die Provinzregelung sozusagen bindet. Wir sagen jetzt ganz konkret, mit Landesgesetz, daß diese Festsetzung für diese bestimmten Kategorien von Wohnungen für Obdachlose beim konventio-



nierten Wohnbau und bei der Sanierung gilt, unabhängig von der staatlichen allgemeinen Mietrechts - und Mietzinsregelung.

Wie gesagt ich bin überzeugt, daß wir hier einen marktwirtschaftlich annehmbaren Mietzins anbieten, der aber auch sozial gerechtfertigt ist, auch weil dem die Verpflichtung gegenübersteht, über 20 Jahre sich zu diesem sozialen Mietzins zur Vermietung oder zum Verkauf unter diesen Bedingungen zu verpflichten.

**PRÄSIDENT:** Die Generaldebatte ist geschlossen. Wir stimmen zur Übergabe zur Sachdebatte ab: mit einer Gegenstimme und drei Enthaltungen genehmigt.

Art. 1

L'ordinamento urbanistico provinciale é modificato e integrato dagli articoli seguenti.

Nell'ordinamento urbanistico provinciale le espressioni "licenza edilizia" rispettivamente "licenza" sono sostituite dall'espressione "concessione".

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit drei Enthaltungen genehmigt.

Art. 2

Concessione di edificare e relativo contributo

Ogni attività comportante trasformazione urbanistica e edilizia del territorio comunale partecipa agli oneri ad essa relativi e l'esecuzione delle opere è subordinata a concessione da parte del sindaco, ai sensi della presente legge.

La concessione comporta la corresponsione di un contributo commisurato all'incidenza delle spese di urbanizzazione, nonché al costo di costruzione.

La Giunta provinciale determina semestralmente con regolamento di esecuzione della presente legge, in base agli indici ufficiali e in relazione alle situazioni locali, il costo di costruzione, per metro/quadro e per metro/cubo, per l'edilizia residenziale, nonché l'incidenza del costo delle aree, agli effetti dell'ordinamento urbanistico e delle agevolazioni in materia di edilizia abitativa. Il costo di costruzione determinato dalla Giunta provinciale non può essere inferiore al costo determinato con decreto del Ministro per i Lavori Pubblici, ai sensi dell'art. 6 della legge 28 gennaio 1977, n. 10.

Wer meldet sich zu Wort? Abg. Franzelin-Werth hat das Wort.

**FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Darf ich hier eine Frage stellen? Sind die Preise, die für die Durchführung dieses Gesetzes festgestellt werden, gleich wie die Preise die festgelegt werden um einen Richtpreis zu haben wenn das Institut Wohnungen

zum Bau ausschreibt? Ich brauche diese Antwort um überhaupt eine Erklärung zu diesem Gesetz geben zu können.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Die Antwort ist ja.

**SFONDRINI (PSI):** In sostanza questo articolo recepisce l'art. 1, e l'art. 3, della legge n. 10. La differenza é che qui si determina semestralmente con regolamento di esecuzione il costo di costruzione. Determinato questo costo semestralmente, invece che annualmente, si ha una revisione dei costi, piú vicina all'andamento economico del paese. Questo puó essere considerato un fatto positivo, anche se non si puó chiamare positivo il fatto che i prezzi aumentino cosí sensibilmente.

Tuttavia, e qui preannuncio un emendamento, penso che nell'esecuzione del regolamento bisognerà prevedere elementi piú ampi di quelli previsti in questa legge per la determinazione dei costi in relazione alle caratteristiche, alle tipologie, alla loro destinazione ed alla loro ubicazione. Cioé, gli elementi per determinare il costo di costruzione non sono solamente riferiti all'andamento dei costi in generale, ma devono essere riferiti, come specifica anche la legge nazionale, al tipo di costruzione, alle caratteristiche della costruzione, oltre che alla destinazione di queste costruzioni. Ho già detto ieri, nella discussione generale, che mi rendo benissimo conto della difficoltà di applicazione della legge, perché schematizzarla e ridurla soltanto al fatto che il costo é riferito alla destinazione, o all'ubicazione della costruzione, é insufficiente.

Faccio ancora presente che questo articolo, con il riferimento ad un invio ad una regolamentazione, per quanto riguarda la determinazione semestrale del costo, deve riferirsi alla regolamentazione determinata dalla Giunta provinciale.

**JENNY (SFP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mit großem Interesse die Ausführungen von Landesrat Dr. Benedikter gehört auf die ich hier nicht zurückgreifen will. Er hat zu Recht gesagt, daß die planwirtschaftlichen Eingriffe auch so verstanden werden können, daß im Rahmen einer bestimmten Ordnung und eines gewissen Systems gewisse Eingriffe durchgeführt werden. Das ist ganz richtig und ich kann es nur bejahen und als ganz richtig empfinden, daß es heute notwendig ist auch in der sogenannten Marktwirtschaft gewisse Richtlinien und Normen einzuführen aber natürlich kommt da ein großes Fragezeichen. Planwirtschaft erfordert auch eine bestimmte Wirtschaft eine bestimmte Ordnung. Es taucht z.B. immer wieder die berühmte Diskussion auf, daß gewisse planwirtschaftliche Eingriffe, wenn sie nicht in einem gewissen Kontext gesehen werden, Herr Assessor sich negativ auswirken. Ein ganz großes Beispiel das sich immer wieder zeigt: wenn Sie z.B. unsere Schulbücheraktion, die absolut richtig ist, im Kontext unserer wirtschaftlichen Situa-

tion sehen, wo Kinder von steinreichen Leuten, nur weil sie eine Steuererklärung bringen die unter die 5 Millionen fällt, die Schulbücher bekommen, so ist dieser gute planwirtschaftliche Eingriff ein Nonsens. So ist es leider in den Dörfern, das wissen Sie alle und ich kann wie gesagt wieder Lana zitieren, wo Leute laut Katasterwert arme Leute sind, aber 10 bis 15 Wagon Obst machen, sich unter diesem Einkommen bewegen und deswegen das Schulbuch gratis bekommen, während bei zwei arbeitenden Eltern diese Diskussion eine ganz andere Form annimmt.

Ich wollte Sie damit nur noch einmal fragen, Herr Assessor, ob sie sich bewußt sind, daß Sie mit dieser Festsetzung der Wohnbaukosten durch den Landesauschuß eine große Verantwortung übernehmen. Ich muß Sie deshalb fragen ob dieses Amt imstande ist - Sie sagen eine Bezugnahme auf die örtlichen Verhältnisse usw., ob das möglich ist weiß ich nicht - in diesem Sinn einzugreifen, ohne diese ganze Prozedur unheimlich zu komplizieren und zu verzögern. Das ist jetzt keine polemische sondern eine echte Frage. Ich möchte nicht sagen, daß ich dagegen bin, nein ich bin dafür, aber ich frage mich, ob dieser Eingriff, der eine furchtbare Differenzierung erfordert, an und für sich den Landesauschuß, nach meiner Ansicht, ich frage Sie, überlastet, denn Sie müssen ja riesige Unterschiede machen um zu wissen wie sie das in Vöran handhaben, wie sie das in Mals handhaben, wie sie das im Pustertal handhaben, wie sie das in den Städten handhaben, wie sie das in Gröden handhaben und ich frage mich ob das nicht, auch aus ihrer Sicht, zu einer bürokratischen Verzögerung und zu einer bestimmten Erschwerung der bauwirtschaftlichen Tätigkeit führt. Das ist die Frage die ich stelle.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Zu den Fragen des Abgeordneten Jenny.

Abgeordneter Sfondrini hat in der Generaldebatte auf Grund von Ausführungen eine Änderung angekündigt, auf die ich geantwortet habe. Ich möchte nun nicht wiederholen warum wir die Merkmale und die Typen der Wohnungen nicht als Kriterien für die Baukostenfestsetzungen einbeziehen. Ich möchte auch nicht das wiederholen, was Dr. Jenny bereits in der Kommission von mir gehört hat und was er auch heute gehört haben sollte.

Abg. Jenny geht auf den Rahmen des Systems ein und kritisiert, daß diese Intervention - wie es in Brockhaus heißt, diese "marktwirtschaftlich angepaßte Intervention" - auf eine Art und Weise erfolgt, durch die Ungerechtigkeiten hier entstehen.

Ich antworte nicht darauf was die Schulbuchaktion betrifft, weil sie nicht zur Sache gehört. Was die Baukostenfestsetzung betrifft muß ich sagen diese Baukostenfestsetzungsverordnung - um das Wort zu gebrauchen wie es im Deutschen üblich ist - besteht seit 1971, allerdings mit einer beschränkten Wirkung auf das Institut. Das Institut darf bei Vergeben der Arbeiten am Anfang nicht über diese Baukostenfestsetzung hinaus und diese Baukostenfestsetzung hat bisher nur für den subventionierten Wohnbau als Institut einerseits und als Genossenschaften anderseits gegolten und

nicht hingegen darüber hinaus.

Jetzt wird diese Baukostenfestsetzung, dasselbe was bisher schon gemacht worden ist, auf Grund der durch die Handelskammer periodisch erhobenen Preise periodisch gemacht, also auf Grund der tatsächlichen Preise, jedoch provinzeinheitlich, woraus dann schon eine Anhebung herauskommt, d.h. eine Anhebung nicht nach oben sondern nach unten, denn wir können mit unserer Preiskostenfestsetzung der Inflation oder der Preisentwicklung nicht voraus eilen. Also ist es immer eine Anhebung nach unten und aus dieser Anhebung an sich, die für die ganze Provinz gilt, ergibt sich selbstverständlich eine ausgleichende Wirkung in dem Sinn, daß sozusagen die Preise in den Städten, wo sie höher sind, mehr gedrückt werden und auf dem Lande ums Können gehoben werden, und ich glaube, das wäre keine schlechte Auswirkung. Die Baukostenfestsetzungsverordnung als solche, die macht nicht viel Arbeit: man holt periodisch diese Preisliste ein und stellt fest, ob die Preise auch mindestens um 10 Prozent gestiegen sind (denn sonst steht es nicht dafür) und gibt ein neues Dekret heraus. Allerdings würde dieses Dekret durch das Gesetz Grundlage für alles, ich meine nicht für den freien Markt, sondern für alles was irgendwie mit dem Wohnbau zu tun hat, der durch die Provinz vergünstigt wird, der eine Vergünstigung erfährt und unter der Vergünstigung gilt auch der konventionierte Wohnbau weil damit, wenn schon sonst nichts, die Befreiung der Baukostenabgabe als Vergünstigung vorgesehen ist, auch wenn es mit sonstigen Subventionen nichts zu tun hat.

**PRÄSIDENT:** Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Wir stimmen über Art. 2: mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 3

##### Caratteristiche della concessione

La concessione é data dal sindaco al proprietario dell'area o a chi abbia il titolo per richiederla, con le modalitá, con la procedura e con gli effetti di cui all'ordinamento urbanistico provinciale in conformitá alle previsioni del piano urbanistico comunale e del regolamento edilizio.

Per gli immobili di proprietá dello Stato, della Regione, della Provincia e del Comune la concessione può essere data anche a coloro che siano muniti di titolo, rilasciato dai competenti organi dell'amministrazione, al godimento del bene.

Nell'atto di concessione sono indicati i termini di inizio e di ultimazione dei lavori.

Il termine per l'inizio dei lavori non può essere superiore ad un anno; il termine di ultimazione, entro il quale l'opera deve essere abitabile o agibile, non può essere superiore a tre anni; il termine per l'inizio dei lavori e quello per l'ultimazione possono essere prorogati con provvedimento motivato, solo per fatti estranei alla volontà del concessionario, che siano sopravvenuti a ritardare i lavori durante la loro esecuzione. Un periodo più lungo per l'ultimazione dei lavori può essere concesso esclusivamente in

considerazione della mole dell'opera da realizzare o delle sue particolari caratteristiche tecnico-costruttive, ovvero quando si tratti di opere pubbliche il cui finanziamento sia previsto in più esercizi finanziari.

Qualora i lavori non siano ultimati nel termine stabilito, il concessionario deve presentare istanza diretta ad ottenere una nuova concessione; in tal caso la nuova concessione concerne la parte non ultimata.

La concessione è trasferibile ai successori o aventi causa. Essa non incide sulla titolarità della proprietà o di altri diritti reali relativi agli immobili realizzati per effetto del suo rilascio ed è irrevocabile, fatti salvi i casi di decadenza e di annullamento.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 4

##### Poteri sostitutivi

In caso di mancata determinazione del sindaco sulla domanda di concessione nei termini di legge il richiedente può presentare istanza all'Amministrazione provinciale. La commissione urbanistica provinciale, acquisita la documentazione presentata al comune, deve esprimersi entro 90 giorni dalla presentazione dell'istanza. Entro i successivi 30 giorni l'Assessore provinciale all'urbanistica provvede in conformità al parere della commissione e comunque qualora il termine dato alla commissione fosse decorso inutilmente.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit drei Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 5

##### Determinazione degli oneri di urbanizzazione

Il quinto comma dell'art. 24 dell'ordinamento urbanistico viene sostituito dal seguente:

"La base per la determinazione in denaro del contributo di urbanizzazione è costituito dai costi stabiliti nel regolamento di esecuzione di cui all'art. 2, terzo comma. La cubatura sotterranea partecipa agli oneri di urbanizzazione, limitatamente alla parte eccedente un quarto della cubatura sopra terra".

Wer meldet sich zu Wort? Abg. Sfondrini hat das Wort.

**SFONDRINI (PSI):** Volevo chiedere un chiarimento all'Assessore Benedikter. Indubbiamente i destinatari di questa legge rimangono i comuni. A parte la determinazione del costo di costruzione, che comunque è riferito ad una deliberazione del ministro dei lavori pubblici, chi determina i costi e gli oneri di urbanizzazione sono i consigli comunali.

La legge nazionale, per quanto riguarda l'art. 5, dice le seguenti parole: "L'incidenza degli oneri di urbanizzazione primaria e secondaria

previsti" ecc. "nonché dalle leggi regionali e provinciali, é stabilita ai fini" ecc. "con deliberazione del consiglio comunale, in base alle tabelle parametriche della regione o provincia, che definisce entro 120 gg." ... "ed é in relazione all'ampiezza ed all'andamento demografico dei comuni, alle caratteristiche geografiche dei comuni" ecc. Ora, é chiaro che la legge nazionale rinvia alla deliberazione dei consigli comunali la determinazione degli oneri di urbanizzazione. Chiedo ora all'Assessore Benedikter se questa competenza rimane ai consigli comunali, perché questa legge oltre a trasformare la licenza in concessione, prevede anche delle entrate che vanno nel bilancio comunali, sia per quanto riguarda gli oneri di urbanizzazione primaria e secondaria, sia per quanto riguarda il contributo relativo al costo di costruzione. E' per questo che riteniamo che vi debba ancora essere un intervento diretto in materia da parte dei consigli comunali.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Wenn Abgeordneter Sfondrini die Frage gestellt hat damit es gesagt ist, dann braucht man wohl nichts mehr dazu sagen. Es ist offensichtlich, daß sich nichts ändert, denn ich muß sagen die Provinz Bozen hat diesen Erschließungsbeitrag 1970 eingeführt und ist damit dem Staatsgesetz sozusagen um sieben Jahre zuvorgegangen. Dieser Erschließungsbeitrag hat sich in der Einfachheit der Regelung gut bewährt, die allerdings nicht nur im Art. 24 des Landesraumordnungsgesetzes besteht, sondern auch im Art. 26 der einschlägigen Durchführungsverordnungen, wo er näher geregelt wird. Es ist ein längerer Artikel, der die Sache näher regelt und der mehrmals abgeändert worden ist, also ist es klar, daß an diesem Erschließungsbeitrag und an der Baukostenabgabe die Gemeinden interessiert sind. Es ist Sache der Gemeinden und ich habe schon gesagt, daß dieses Gesetz - wie es auch aus dem Vorlagebericht hervorgeht - eben im Einvernehmen mit dem Gemeindenverband ausgearbeitet wurde.

**PRÄSIDENT:** Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit drei Gegenstimmen und einer Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 6

##### Determinazione del costo di costruzione

Il costo di costruzione corrisponde alla base per la determinazione del contributo di urbanizzazione disciplinata dall'articolo precedente. Il contributo afferente alla concessione é variabile dal 5 al 20% di detto costo e viene determinato dalla Giunta provinciale con regolamento di esecuzione della presente legge, in funzione della destinazione e dell'ubicazione delle costruzioni. Nella destinazione a scopo residenziale sono compresi le costruzioni e gli impianti destinati ad attività turistiche e commerciali.

Bei diesem Artikel ist ein Abänderungsantrag eingebracht worden durch die Abg. Sfondrini und Stecher und zwar: "Alla settima riga dopo la parola 'funzione' sopprimere le parole 'della destinazione e dell'ubicazione delle costruzioni' ed inserire le parole 'delle caratteristiche e delle tipologie delle costruzioni e della loro destinazione ed ubicazione'".

Es hat das Wort Abg. Sfondrini.

**SFONDRINI (PSI):** Nonostante le spiegazioni datemi dall'Assessore competente, che per me non sono convincenti, insisto su questo emendamento. Non é che i sindaci dei comuni dell'Alto Adige siano meno preparati dei sindaci del resto del territorio nazionale. Anzi, fare questa affermazione, significa fare un'offesa nei confronti dei sindaci della nostra provincia. E se c'è questo intervallo, che va dal 5% al 20%, evidentemente questo intervallo é stato inserito per fare una distinzione non riferita solamente all'ubicazione ed alla destinazione delle costruzioni, ma é riferito anche alle caratteristiche ed alle tipologie. Fino a questo momento non mi sono state date spiegazioni tali da giustificare un diverso atteggiamento da quello contenuto nella legge nazionale.

Se la Giunta provinciale, come detto nell'articolo, preparerà un regolamento di esecuzione preciso, questo costituirá per le amministrazioni comunali un punto di riferimento altrettanto valido e preciso, che consentirà di applicare la legge in base a questi elementi.

Crediamo che questo sistema sia valido, perché non esistono controindicazioni particolari, anzi se il regolamento di esecuzione sarà preciso, avremo una base dalla quale non si potrà sfuggire e faccio un esempio concreto. Quando dico tipologia, riferita alla costruzione di alloggi, evidentemente il punto di riferimento é sempre il costo relativo all'edilizia abitativa agevolata. Però, tra una costruzione e l'altra, il costo per metro cubo, varia, a seconda del tipo di costruzione che si fa. Allora posso capire che si applichi il 7% nei confronti di un tipo di costruzione, che é sempre riferita al costo dell'edilizia abitativa agevolata, ma si usi una percentuale diversa nei confronti di un tipo di costruzione diversa. Esistono queste differenziazioni e non é che le case vengono costruite in modo uguale, ma certo sono diverse. Ed allora la possibilità di applicare una percentuale diversa deve essere riferita anche alla tipologia ed alle caratteristiche della costruzione. Solo in questa maniera si spiega la possibilità di variare e di avere lo scarto dal 5% al 20%. Se togliamo questi punti di riferimento, il campo rimane ristretto ed avremo un'applicazione parziale della legge, perché avremo solamente due elementi ai quali riferirci. Credo veramente che queste osservazioni non siano fuori luogo, perché se certe regole valgono per il territorio nazionale, devono per forza essere valide anche nella nostra provincia.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung**

und geförderten Wohnbau - SVP): Herr Abgeordneter Sfondrini ich muß Ihnen sagen, auch Sie haben mich nicht überzeugt, nachdem Sie gesagt haben ich habe Sie nicht überzeugt.

Ich möchte zu dem was ich als Begründung gesagt habe noch eines hinzufügen. Also eigentlich müßte man von einem sozialen Standpunkt aus diese Lösung, wo Typologien und Merkmale nicht berücksichtigt werden, eher befürworten als das was sie unbedingt haben wollen, denn dann werden, abgesehen vom konventionierten Wohnbau und vom Eigenbedarf, alle übrigen Wohnbauten einschließlich - es ist ja so viel schon befreit, das meiste ist vielleicht schon befreit - mit dieser Abgabe eher höher als niedriger bewertet.

Damit ist weniger Anreiz gegeben sich noch einmal zu entziehen d.h. der Anreiz sich dem konventionierten Wohnbau zu unterwerfen ist größer, als wenn ich außerhalb des konventionierten Wohnbaues wieder eine Abstufung mache. Das große Gedränge entsteht dann selbstverständlich für die Klasse, in der die andere Abgabe Platz hat und eingestuft ist. Von dem Standpunkt aus müßte man sagen, besser außerhalb dessen was befreit ist und das kann auch alles sein, denn wir wissen diese Maßstäbe für Nicht-Luxuswohnungen sind heute schon großzügig, daß praktisch niemand mehr eine echte Luxuswohnung hat, außer es ist wirklich jemand der keine Rücksicht zu nehmen hat auf das Geld, aber die Maßstäbe sind so großzügig, daß für die verschiedenen Geschmacksrichtungen gesorgt werden kann. Also ist es insofern ein Anreiz sich dem konventionierten Wohnbau zu unterwerfen und das wollen wir ja und ich glaube das müssen auch Sie wollen. Wer auf diese Weise dann nicht unter den konventionierten Wohnbau fällt, der muß eben die Abgabe entrichten.

Es wird da ein Unterschied zwischen Standard und Standard gemacht. Ich kann bei diesem Standard unterscheiden zwischen einer Stadtwohnung oder einer Normalwohnung, in der die Leute eben aus beruflichen Gründen wohnen und weil sie dort ihre Existenz haben und Standard sagen wir für Ferienwohnungen, für Zweitwohnungen usw. Das kann man unterscheiden, das ist drinnen noch im Wort Standard.

Im übrigen möchte ich nur sagen, gerade die Bürgermeister und der Gemeindenverband haben vorgeschlagen, man soll doch diese Verkomplizierung auslassen und die Bürgermeister und die Südtiroler Gemeinden haben, seit dem die Erschließungsbeiträge vor sieben Jahren eingeführt worden sind bewiesen, daß sie schon darauf aus sind, so viel als möglich zu besteuern um damit die Erschließungskosten zu finanzieren und daß sie, zum Unterschied vom Trentino wie man hört, nicht gerade ausgerichtet sind, hier Ausnahmen und dergleichen zuzulassen.

**SFONDRINI (PSI):** L'assessore Benedikter mi ha fornito un argomento che mi era sfuggito, proprio a sostegno della mia tesi. Infatti, un conto é chi si sottopone all'edilizia convenzionata e non paga nessun contributo ed un conto sono coloro che non si sottopongono all'edilizia convenzionata ed hanno un costo che può variare dal 5% al 20%. C'è chi sceglie



l'edilizia convenzionata per tre ragioni. La prima é che non si paga il costo di costruzione. La seconda é che gli viene garantito, quando entrará in vigore l'equo canone, un introito cospicuo.

Quindi, c'è un altro stimolo che sottrae i costruttori dall'equo canone nazionale, per farli ricadere nell'equo canone provinciale, che prevede un trattamento ed una rendita migliore. Il terzo elemento, che sarà fatto di incentivo, é che il costruttore può, se vuole, chiedere di locare l'abitazione direttamente all'Istituto avendo in questa maniera un inquilino che certamente non potrà essere moroso. Sono quindi tre gli elementi che fanno scegliere al costruttore la convenzione.

Comunque, il più forte di questi elementi é proprio l'esonero dai costi di costruzione. Coloro che non hanno l'esonero devono sapere che questo costo può variare dal 5% al 20% e se può avere queste variazioni significa che si può arrivare anche al 20%. Allora, questa variazione deve essere pagata da coloro che non si sottopongono all'edilizia convenzionata. Quindi é giusto introdurre il criterio che differenzia, in base alla tipologia ed alle caratteristiche le varie costruzioni. Che poi il consorzio dei comuni abbia scelto la strada più semplice per non creare delle preoccupazioni e delle difficoltà ai sindaci ed i sindaci siano disponibili a questa prassi, é un'altra questione. Forse, i sindaci non si rendono conto che tutto può essere ridotto ad un fatto sufficientemente semplice, quando si hanno delle indicazioni precise.

**PRÄSIDENT:** Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab über die Abänderung vorgebracht von den Abgeordneten Sfondrini und Stecher: mit drei Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Wer meldet sich über Art. 6? Niemand. Wir stimmen ab mit drei Gegenstimmen genehmigt.

#### Art. 7

##### Edilizia convenzionata

Per gli interventi di edilizia abitativa fuori dalle aree riservate all'edilizia abitativa agevolata, il contributo é ridotto alla quota per gli oneri di urbanizzazione, qualora il concessionari si impegni, a mezzo convenzione o dell'atto unilaterale d'obbligo, a costruire abitazioni standard popolare ed a vendere o ad affittare, applicando prezzi di vendita non superiori a quelli calcolati in base ai costi determinati nel regolamento di esecuzione di cui all'art. 2, terzo comma, e/o canoni di locazione non superiori al 4% degli stessi costi. I canoni vengono aggiornati alla variazione dei costi di costruzione di cui sopra, decurtati della rata di ammortamento del 2% annuo, applicata al solo costo di costruzione.

Per gli inquilini in possesso dei requisiti generali per le agevolazioni provinciali di edilizia abitativa il proprietario può chiedere di locare l'abitazione all'Istituto applicando l'art. 14, terzo comma, e l'art. 19 quarto comma, limitatamente al finanziamento, e quinto comma della legge 23 maggio 1977, n. 13.

L'impegno di cui al primo comma deve garantire per 20 anni l'occupazione effettiva dell'abitazione da parte di famiglie aventi residenza anagrafica o il posto di lavoro stabile nel comune.

L'incidenza massima del costo delle aree non deve superare il 30% del costo di costruzione come definito ai sensi dell'art. 2, terzo comma.

Gli impegni di cui al primo e terzo comma del presente articolo vengono annotati nel libro fondiario a cura del comune ed a spese del concessionario. Costituisce elemento essenziale degli atti di cui sopra l'obbligo di comunicare tempestivamente al comune ogni fatto rilevante in ordine ed agli impegni assunti. Ogni pattuizione stipulata in violazione degli impegni assunti ai sensi del primo e terzo comma del presente articolo è nulla; in ordine ai prezzi di vendita ed ai canoni di locazione la nullità colpisce la parte eccedente.

In caso di violazione degli impegni assunti il contributo per la concessione è dovuto nella misura massima corrispondente alla destinazione, determinata al momento dell'accertamento della violazione.

Bei diesem Artikel sind zwei Abänderungsanträge eingebracht worden. Der erste, eingebracht durch Abg. Dr. Mitolo, ist folgender: "Alla fine del primo comma aggiungere, dopo le parole "variazione sui costi di costruzione di cui sopra" le parole "ogni due anni".

Der zweite, der auch durch Abg. Dr. Mitolo eingebracht ist, lautet: "Il terzo comma va così modificato: "L'incidenza massima del costo delle aree non deve superare il 20% del costo di costruzione".

Wir behandeln zuerst den ersten Abänderungsantrag, vielleicht möchte Abg. Mitolo ihn illustrieren. Es hat Abg. Mitolo das Wort.

**MITOLO (MSI-DN):** Molto brevemente, signor Presidente, perché questo emendamento l'avevo già preannunciato in sede di discussione generale. Mi sembra che se la variazione e la stima dei costi di costruzione deve avvenire ogni semestre e conseguentemente deve avvenire anche l'aggiornamento del canone di affitto, non facciamo a tempo a concludere la stima della variazione dei costi, che dobbiamo immediatamente procedere a consentire ai locatari la variazione del canone di affitto. Mi sembra eccessivo che ciò debba avvenire ogni sei mesi. Mi sembra che si possa mettere un limite ragionevole di due anni, come sembra debba avvenire anche in sede di legge nazionale, e credo sia opportuno chiedere l'assenso di questo Consiglio su questa variazione.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Abgeordneter Mitolo vergißt, daß wir den Artikel 2 abgestimmt haben, in dem drinnen steht, daß im Landesausschuß alle sechs Monate bestimmt wird, was schon genehmigt ist und deshalb hätte es jetzt keinen Sinn eine solche Baukostenfestsetzung vorzunehmen oder zu bestätigen - denn das kann ja auch bestätigt werden - wenn dann nicht die entsprechenden Konsequenzen für den Mietzins oder für den Ver-

kaufspreis gezogen würden.

Also ist eigentlich die Entscheidung schon dafür gefallen. Ich möchte sagen in der bisherigen Praxis dieser Baukostenfestsetzung ist, wenn die Steigerung nicht mehr als 10 Prozent betragen hat, keine Neufestsetzung erfolgt bzw. erfahren würde wenn diese Praxis fortgesetzt wird und ich nehme an, daß es so sein wird, würde, wenn die Steigerung in den 6 Monaten nicht mehr als 10 Prozent beträgt, einfach die vorherige Festsetzung bestätigt. Man kann jetzt aber nicht hier, was die Auswirkung dieser Festsetzung betrifft, nachdem die 6 monatige Festsetzung bereits beschlossen ist auf die 2 Jahre übergehen.

**MITOLO (MSI-DN):** Mi pare, Assessore Benedikter, che le sue giustificazioni non siano accettabili. Una cosa é la determinazione dei costi di costruzione ed una cosa é il canone di affitto. Il costo di costruzione si può determinare di mese in mese, perché basta prendere il bollettino della Camera di Commercio di Bolzano e si possono osservare i costi delle materie prime e della mano d'opera. Non ho niente in contrario che voi, ogni sei mesi, facciate la rilevazione dei costi di costruzione. Quello che mi interessa é la variazione del canone di affitto, che é prevista in questo articolo e non in quello precedente. La variazione del canone di affitto la potete fare ogni due anni, tenendo conto delle variazioni semestrali che avete determinato in precedenza. Le variazioni dei costi di costruzione e le variazioni dei canoni di affitto sono due cose ben distinte, tant'è che voi le determinate con due articoli separati.

**PRÄSIDENT:** Wortmeldungen? Wenn nich stimmen wir über Abänderungsantrag von Dr. Mitolo: mit drei Ja-Stimmen abgelehnt.

Es hat jetzt Abg. Dr. Mitolo über den zweiten Abänderungsantrag das Wort.

**MITOLO (MSI-DN):** Qui ho semplicemente ripristinato il testo della legge Bucalossi. Non vedo nessuna ragione per cui in provincia di Bolzano, il costo dei terreni debba essere valutato più di quanto é valutato nella legge nazionale, recepita dalla legge provinciale.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Ich möchte nur kurz folgendes sagen: auch wenn das Gesetz, das gestern verabschiedet worden ist, nicht in Kraft tretet, auch wenn es beim alten Stand bleibt, also beim bisherigen Wohnbaureformgesetz, mit der Formel des gerechten Preises für einen landwirtschaftlichen Grund mal zweieinhalb oder mal drei, würden wir mit den 20 Prozent nicht dem Rechnung tragen, was in Südtirol der Istzustand ist und das haben wir ja 1972 gesagt und deswegen ist auch diese Erhöhung des Entschädigungspreises in Kraft getreten. Daß der Grundstückmarkt, auch der Kulturgrundmarkt in Südtirol also um ein vielfaches höher ist als im

gesamten übrigen Italien, aus Gründen die ich jetzt nicht darzulegen brauche und die Abgeordneter Mitolo selber auch anerkannt hat, das brauche ich wohl nicht mehr zu sagen und wenn wir dem nicht Rechnung tragen, dann würde das Gesetz nicht funktionieren und würde keine Wirkung erzielen können.

**MITOLO (MSI-DN):** Mi rendo conto delle conseguenze che produrrá la legge che ieri abbiamo votato e del fatto che esiste la tendenza in provincia di Bolzano a valutare il prezzo dei terreni in maniera difforme dalle altre parti dello Stato. Però, ho sempre sentito sostenere in quest'aula, da coloro i quali appoggiavano e desideravano votare la legge di ieri, che l'incidenza dei terreni sul costo delle costruzioni é una cosa minima. Si é sempre parlato del 5%, 7% o 8% al massimo. O siamo convinti che i terreni in provincia di Bolzano non incidono fortemente sul costo delle costruzioni, ed allora non ha senso chiedere aumenti del 50% rispetto a quanto previsto dalla legge nazionale o non siamo convinti ed allora dobbiamo agire coerentemente ed accettare quello che é stato indicato dalla legge nazionale, che mi sembra già eccessivo.

**PRÄSIDENT:** Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Wir stimmen über den zweiten Abänderungsantrag von Dr. Mitolo: mit 4 Ja-Stimmen abgelehnt. Sind noch Wortmeldungen zu Art. 7? Es hat Dr. Jenny das Wort.

**JENNY (SFP):** Ich habe noch einen Punkt aufzugreifen den der Assessor wohl beantwortet hat, aber nur sehr oberflächlich. Er sagt die Sanktionen sind anzuwenden um Mißbräuche zu verhindern. Nun das ist, angesichts der bestehenden Realität, eine unzutreffende oder nicht zielführende Behauptung. Sie sagen es wird alles genau so geregelt. Ich bin davon überzeugt, nachdem die ganze Mietensituation heute ein Dschungel ist und praktisch die Unregelmäßigkeiten d.h. die schwarz bezahlten Beträge geradezu zur Regel gehören, daß wenn sie heute in Bozen oder irgendwo eine Wohnung bekommen so ist der Schwarzbetrag der gefordert wird, durchwegs eine regelmäßige Angelegenheit, aber das gehört dazu und das wird sogar in der Zeitung propagiert: "Ich biete so und so viel Millionen für eine Wohnung". Jetzt sagen Sie ist das Gesetz da, aber das nützt nichts, denn "fatta la legge trovato l'inganno". Unter diesem Druck der Verhältnisse fürchte ich, daß es hier eine ganze Reihe von illegalen - ich glaube gestern hat auch Frau Franzelin, sie ist leider nicht mehr da dieses Problem so am Rande gestreift - Abmachungen zwischen den Vermietern und den Mietern kommen wird. Diese Abmachungen wird dann auch niemand denunzieren, denn sei es der eine als auch der andere haben einen Profit davon. Folglicherweise, glaube ich, daß in diesem Sinn und in der Situation in der wir uns jetzt befinden, diese Bemerkung absolut gerechtfertigt ist und der Hinweis, daß das im bürgerlichen Gesetzbuch oder laut Strafgesetzbuch usw. verboten ist; ich weiß nicht ob das in dieser Situation effektiv etwas ändert. Ich fürchte sehr, daß es hier zu allerei Aus-

wachsen kommt, die sicher nicht den Intentionen dieses Gesetzes entsprechen.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Ja wir haben die Verwaltungsstrafen wenn man sie so nennen will, vom staatlichen Gesetz übernommen und könnten selbstverständlich keine eigenen neuen echten strafrechtlichen Sanktionen einführen. Wie Sie wissen ist es uns nicht gegeben neue strafrechtliche Tatbestände zu schaffen. Ich kann nur sagen, bitte wir könnten verwaltungsstrafrechtlich etwas anderes erfinden, aber ich glaube, auch beim Staat hat man sich den Kopf darüber zerbrochen, was am wirksamsten ist. Daß es in Italien diesen Sport gibt "laßt das Gesetz kommen wir werden schon die Hintertür finden usw" ob dagegen dieses Kraut gut ist oder nicht, das wird man sehen. Ich möchte schon bitten, wenn jemanden jetzt schon etwas Besseres einfällt es kundzutun. Natürlich, sollte sich erweisen, daß das alles unwirksam ist oder minimal wirksam ist, dann wird man etwas anderes erfinden müssen und in erster Linie wird das auch der Staat tun müssen, denn die neue Regelung des allgemeinen gerechten Mietzinses mit dem neuen Mietrecht, bedingt dieselben möglichen Tatbestände der Ausflüchte usw., so daß der Staat auch strafrechtlich etwas vorsehen wird, aber heute, glaube ich, wenn man sagt jegliche Vereinbarung die diese Verpflichtungen verletzt, so kann jedermann und jederzeit vor Gericht und von Amtswegen sein Recht wahrnehmen und was mehr ausgemacht worden ist ist auch hinfällig, sei es als Mietzins sei es als Kaufpreis.

Ich glaube in dem Fall müssen der Käufer bzw. der Mieter Interesse haben und wenn er einmal drinnen ist, dann kann er nicht deswegen gekündigt werden oder auch nicht weil er angezeigt hat. Was den letzten Absatz betrifft, die Änderung der Zweckbestimmung: ist dort etwas, was früher oder später aufkommt und daher auch der Gemeinde bekannt wird - und die Gemeinde, die dann selbstverständlich nicht zusieht - muss die Folgerung ziehen, denn sonst würde eine ungleiche Behandlung hervorgerufen. Es bleibt abzuwarten und ich möchte fragen ob es vom Haus aus eine bessere, wirksamere und zielsicherere Methode gibt; ich wäre darum dankbar. Verwaltungsstrafen als solche können wir einführen, auch ohne vom Staatsgesetz gebunden zu sein.

**SFONDRINI (PSI):** Noi non possiamo far passare quest'articolo, senza fare una dichiarazione di fondo. E' evidente che con quest'articolo c'è un tentativo dichiarato di forzare attraverso uno strumento che doveva facilitare l'introduzione dell'equo canone nel nostro Paese, anche se non si sono ancora raggiunti quei risultati, sia per quanto riguarda il reddito del fabbricato, che a livello nazionale ha già raggiunto il 3,85%, sia per quanto riguarda l'incidenza del costo delle aree rispetto al costo di costruzione. Qui ci sono due elementi, che indubbiamente vogliono forzare e creare un varco, rispetto a quello che avviene a livello nazionale nel campo dell'equo canone; da qui deriva questa fretta e questo

tentativo di forzatura.

Una cosa che ancora non sono riuscito a chiarire è questo: attraverso questo meccanismo, è allora possibile, da parte di un singolo cittadino rivolgersi ad un costruttore, ad un proprietario di un alloggio, che ha accettato la convenzione e fare un contratto di affitto. Entra poi in gioco il meccanismo del canone sociale, per cui se l'affitto stabilito attraverso l'applicazione del 4% supera del 10%, 11% o 12%, fino al 24% il salario, c'è l'integrazione da parte dell'istituto?

Un'altra domanda è questa: il cittadino di sua spontanea volontà può chiedere che il soggetto del rapporto di affitto non sia lui direttamente, ma sia l'IPEAA? Sempre nel caso che abbia i requisiti per l'edilizia abitativa agevolata. Cioè, posso trovare l'alloggio però chiedere che il contratto di affitto per conto mio, venga fatto direttamente dall'IPEAA?

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, signori colleghi, indubbiamente il fulcro della legge, la novità, è questa contenuta nell'art. 7, e certo non va sottovalutata nei suoi aspetti positivi ed anche nei suoi aspetti negativi. Gli aspetti positivi sono che con quest'articolo la Giunta provinciale introduce il sussidio-casa, che per ora è limitato ad una cerchia ristrettissima di persone, però è già qualche cosa. Mi spiace che non siano stati accettati gli emendamenti che avevo proposto, perché su questo articolo, se fossero stati accettati, mi sarei espresso a favore. Purtroppo non posso dare un assenso a questo articolo, ma devo anche rilevare che ho il timore che con questa procedura si aumenta la burocrazia per la definizione di tutte le pratiche e per la definizione dei contratti.

Non solo, ma ho il timore che se è possibile che ad un dato momento i contratti vengano stipulati direttamente dall'Istituto case popolari, non vi siano gli elementi sufficienti di controllo, per garantire poi all'Istituto case popolari la requisizione della data di affitto, perché sappiamo purtroppo che quando cominciano le cosiddette operazioni di autorizzazione il potere politico ed il potere in generale della società non è in grado di fermare certe manifestazioni.

Quindi, mi auguro che questo non accada, ma ho il timore che con questo tipo di procedura, così come è prevista, le tentazioni siano piuttosto forti. Accetto il principio dell'introduzione dell'equo canone sociale, ma non mi posso dire d'accordo, proprio perché non sono state accettate alcune mie proposte, che erano migliorative.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Zu dem was Abgeordneter Mitolo gesagt hat: erstens ist es klar, daß immer wenn der Staat im Sinne, wie wir gesehen haben, der sozialen Marktwirtschaft, und nicht nur im Wohnbau, öffentliche Mittel, Steuergelder einsetzt um die Wirtschaft zu heben oder zu fördern und diesen Einsatz der Mittel kontrolliert, ist damit Bürokr-

tie verbunden. Wenn wir die Bürokratie als ein Übel ansehen das bekämpft werden muß, dann müssen wir den Einsatz von Steuergeldern weitgehend abschaffen, weil die Kontrolle dieses Einsatzes Bürokratie bedingt und selbstverständlich die Kontrolle über das Wohngeld, über die Voraussetzungen ob das Wohngeld zusteht usw. und ob die verschiedenen Bedingungen weiterbestehen, zusätzliche Bürokratie erfordern. Abgeordneter Mitolo sagt mit Recht, dieser Artikel enthält den Ansatz dafür, daß ein jeder ein Wohngeld bekommen kann. Der Ansatz ist da, er kann jetzt noch nicht weiterentwickelt werden. Wir werden sehen, ob wir, nach Verabschiedung des Staatsgesetzes über die allgemeine Mietenregelung, uns dem einfügen können, aber aus unserer Perspektive ist das der Ansatz den eben Sie auch befürworten. Ich sehe nicht ein, warum die Abänderungen die da abgelehnt worden sind, diese Perspektive beeinträchtigen, im Gegenteil.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Herr Präsident, Sie sollten mir überlassen wann ich mich zu Wort melde.

**PRÄSIDENT:** Es ist üblich, daß die Leute nach der Replik des Landesrates nicht mehr das Wort ergreifen.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Herr Präsident, Sie haben mir zu überlassen wann ich mich zu Wort melde. Entweder Sie sagen Sie erteilen mir nicht das Wort weil Sie es mir laut der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages nicht erteilen können, oder Sie überlassen es mir wenn ich das Wort ergreifen will. Da müssen, Sie sich schon entscheiden.

Herr Landesrat Benedikter, Sie sagen man sollte es Ihnen sagen wenn einem was Besseres einfällt. Das ist etwas billig gesagt. Erstens haben Sie gestern eine Methode angewandt, die nicht durchaus gerechtfertigt ist, mit der Sie plötzlich etwas auf die Tagesordnung setzen. Zweitens haben Sie den Wirtschafts- und Sozialbeirat nicht angehört und drittens möchten Sie dann gerne, daß man hier Alternativen stellt und das verlangen Sie von uns die wir nicht diesen Stab an Personal und an finanziellen Mitteln zur Verfügung haben den Sie haben. Solche Äußerungen sollten Sie sich überlegen bevor Sie sie hier im Landtag machen.

Wenn in diesem Artikel vorgesehen ist, daß die Wohnungen für 20 Jahre tatsächlich von Familien besetzt werden, die - wie vorher erwähnt - die Voraussetzungen haben damit sie als solche angesehen werden können dann, glaube ich, muß dafür auch eine Kontrolle in dem Sinn vorgesehen werden, daß in den Gemeinden Gemeindewohnungsvermittlungsstellen errichtet werden, ansonsten haben Sie keine Kontrolle; das muß unbedingt gemacht werden, denn ansonsten bauen Sie mit diesem Gesetz vorausschauend ein, aber in Wirklichkeit haben Sie keine Kontrolle. Wie wollen Sie kontrollieren, wenn dann jemand für drei Jahre in der Wohnung drinnen war und plötzlich jemand anders hineinkommt, ob der dann auch die Voraussetzungen hat die Wohnung zu erhalten. Wenn nicht von der Gemeinde her ständig das Kommen und Gehen in diesen Wohnungen beobachtet, kontrolliert

und vermittelt wird so besteht überhaupt keine Kontrolle. So sehe ich das.

Ich habe schon gestern die vier Prozent genannt. Frau Abgeordnete Franzelin hat diesbezüglich geglaubt, daß Sie mir da was erklären muß, aber ich bin nach wie vor der Meinung, daß es im Widerspruch mit dem Mietengesetz steht, das wir heuer im Frühjahr verabschiedet haben und zwar im Widerspruch weil der Prozentsatz einfach höher hinausgeht. Gleichzeitig sagen Sie dann noch der Baukostengruppreis darf nicht mehr als dreißig Prozent ausmachen. Wenn man das alles zusammenrechnet, dann sind das heute hundertvierzig- bis zweihunderttausend Lire, wenn man weiß was heute Wohnungen kosten. Bei größeren Wohnungen, wenn mehr Kinder da sind erhöht sich das noch einmal und das erscheint mir wirklich ungerecht.

Sie haben bereits im Frühjahr das System in der Bundesrepublik Deutschland gelobt und so, wie ich vorhin vernommen habe auch heute wieder und zwar die Tatsache, daß dort Wohnkostenbeiträge gegeben werden. Es ist eben ein Unterschied ob eine sozialliberale Regierung da ist oder ob eine sozialistische Regierung da ist; studieren sie einmal wie es in Wien gemacht wird; die sind ganz im Gegensatz zum System in der Bundesrepublik Deutschland und ich habe mit dem Obmann der größten Baugenossenschaft der Gewerkschaft, Roman Rautner, diese Situation ganz klar ausdiskutiert. Dieser hat mir erklärt warum die das so machen und warum nicht anders.

Weiters lassen Sie den freien Markt offen. Den Ausgleich zahlen Sie einfach wieder mit Steuergeldern. Also lassen Sie den Markt nach oben gehen und drücken den Markt nicht mit dieser Art, nein im Gegenteil Sie lassen ihn frei nach oben und die Spanne gleichen Sie mit öffentlichen Geldern, mit unseren Steuergeldern wieder aus und das zugunsten derjenigen, die am freien Markt weiterbauen. Das ist das System. Einerseits wollen Sie wieder Arbeiter haben die ansuchen müssen, die man wieder in der Hand hat mit diesem System, die man dann wieder festlegt in Einkommen, Familienverhältnis und dgl. Nach oben lassen Sie das eben frei und deswegen ist dieses System nicht das richtige, sondern man muß erreichen, daß auch im freien Markt die Wohnungen nicht ins Unendliche nach oben gehen, denn dieser Ausgleich ist nur eine Zeitverzögerung denn es geht alles nach oben.

Wenn heute eine Wohnung von fünfunddreißig Millionen auf fünfzig oder sechzig Millionen hinaufgeht, dann ist es ganz logisch, daß die des Institutes auch nach oben gehen. Wir müssen erreichen, daß der freie Markt reduziert wird, damit die von der öffentlichen Hand gebauten Wohnungen preisdämpfend wirken. So scheint mir das System richtig zu sein, aber was Sie da machen, damit erreichen sie nur das Gegenteil. Sie lassen den freien Markt mit den Preisen nach oben gehen, gleichen ihn momentan aus und die öffentliche Hand muß dann hinterhergehen. Dieses System ist von Grund auf ganz falsch. Sie suchen jetzt ein Alibi für ihre Politik und nehmen als solches die Bundesrepublik Deutschland her weil sie



glauben, daß dort eine sozialdemokratische Regierung an der Macht ist.

Nein das stimmt aber nicht, dort ist eine sozialliberale Regierung, denn wenn sie sozialdemokratisch wäre, dann wäre das System sicher anders.

**PRÄSIDENT:** Weitere Wortmeldungen? Niemand. Wir stimmen ab über Art. 7: mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung genehmigt.

#### Art. 8

##### Esonero dal contributo sul costo di costruzione

La quota del contributo di concessione commisurata al costo di costruzione non é dovuta:

- a) per le costruzioni di fabbricati rurali di cui all'art. 42, primo comma, dell'ordinamento urbanistico provinciale, nella misura necessaria per la razionale conduzione dell'azienda;
- b) per la costruzione a scopo residenziale da parte dell'avente titolo a norma dell'art. 3, primo comma, nella sede dell'azienda agricola, fino alla cubatura complessiva di 700 metri cubi;
- c) per gli interventi di risanamento ai sensi della relativa legge provinciale che non comportino aumento delle superfici utili di calpestio e mutamento della destinazione d'uso, salvo il recupero a scopo abitativo di vani esistenti nella stessa casa di abitazione;
- d) per la costruzione della propria abitazione stabile standard popolare nella misura massima di 4000 metri cubi;
- e) per le modifiche interne necessarie per migliorare le condizioni igieniche delle abitazioni esistenti, nonché per la realizzazione dei volumi tecnici che si rendano indispensabili a seguito dell'installazione di impianti tecnologici necessari per le esigenze delle abitazioni;
- f) per gli impianti, le attrezzature, le opere pubbliche o di interesse pubblico realizzate dagli enti istituzionalmente competenti nelle zone di interesse collettivo, nonché per le opere di urbanizzazione, eseguite anche da privati, in attuazione di strumenti urbanistici;
- g) per le opere da realizzare in attuazione di norme o di provvedimenti emanati a seguito di pubbliche calamità.

L'esenzione di cui alla lett. d) é applicata esclusivamente a favore di famiglie che realizzano il volume residenziale nel comune in cui hanno la residenza anagrafica o il posto di lavoro stabile e che non siano proprietari, usufruttuari o utenti in qualsiasi località di alloggio nella dimensione minima di 400 metri cubi, che consenta un reddito annuo superiore all'importo indicato dall'art. 2, lettera b), della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, aggiornati a norma dell'art. 26 della legge provinciale 6 maggio 1976, n. 10; in caso di alloggio inferiore a 400 metri cubi l'esenzione si applica alla differenza. Il richiedente la concessione deve allegare alla domanda la relativa dichiarazione resa ai sensi dell'art. 3 della legge 4 gennaio 1968, n. 15.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Also dieser Buchstabe c) entspricht dem Buchstaben b) des Artikels 9 des Staatsgesetzes, der dort viel länger ausgeführt ist. Hier hatte man im Sinne zu sagen, diese Sanierungen sind befreit und dann hat es geheißen "außerhalb der Sanierungszone", weil die gesamte Regelung, was die Sanierungszonen betrifft, im Gesetz über die Sanierung enthalten ist und daher diesem Gesuch vorbehalten werden sollte, jedoch ist dann auch gesagt worden, ja wenn hier nun die Befreiungen festgelegt werden, so müßte grundsätzlich die Befreiung hier ausgesagt werden, auch für die Sanierungen im allgemeinen, ganz gleich ob innerhalb oder außerhalb der Sanierungszonen und dann im Gesetz über die Sanierung, das neue Gesetz, also den Grundsatz müßte man hier aussprechen um dann im Sanierungsgesetz meinetwegen näheres zu regeln und das entspricht nun dem.

Es entfällt der Satz außerhalb der Sanierungszone. Also der Grundsatz der Befreiung gilt für alle Sanierungen. Das Staatsgesetz enthält für die Befreiung von Sanierungen zwei Bedingungen, daß an sich nicht die Wohnfläche vergrößert werden, d.h. die Fläche die genutzt werden kann vergrößert wird, und daß die Zweckbestimmung nicht geändert wird, also umwandlungener von Wohnung in ein Geschäft und dergleichen. Wir hier betonen, indem wir das vom Staatsgesetz übernehmen, daß also die Zweckbestimmung, dort wo vorher eine echte Zweckbestimmung war, so wie ein Geschäft, so wie ein landwirtschaftliches Wohngebäude für landwirtschaftliche Zwecke, daß also insofern eine Zweckbestimmung da war, also diese Zweckbestimmung nicht geändert werden darf und eben nicht unter die Befreiung fällt; wenn es eine Änderung der Zweckbestimmung gibt, immer unabhängig von den Bauvorschriften die aufrecht bleiben.

Dazu wird eine anpassende Bestimmung hineinkommen, nämlich, daß wenn ein Wohnhaus da ist, und es kann z.B. der Dachboden auf Grund der Bauvorschriften in einen Wohnraum verwandelt werden, dann soll wenn das Wohnhaus saniert wird auch der Dachboden saniert werden können, d.h. als Wohnraum gewonnen werden können, ohne daß deswegen für den Dachboden die Abgabe bezahlt wird. Ähnlich wie der Dachboden könnten es auch andere Nebenräume sein, die bisher noch keine Zweckbestimmung haben die von der Zweckbestimmung als Wohnung abweichen.

**PRÄSIDENT:** Hier ist ein Abänderungsantrag eingebracht durch Landesrat Dr. Benedikter, welcher folgenden Wortlaut hat: "Sostituire il punto c) come segue: 'Per gli interventi di risanamento ai sensi della relativa legge provinciale compreso il recupero a scopo abitativo di vani esistenti in case di abitazioni i quali non comportino mutamenti della precedente destinazione'".

Wer meldet sich zu Wort? Es hat Abg. Dubis das Wort.

**DUBIS (SVP):** Ich bitte um eine kurze Unterbrechung der Sitzung.

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

ORE 11.53 UHR

-----

ORE 12.08 UHR

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder eröffnet. Es ist hier ein Antrag von Seite der Gruppe der DC: die Sitzung etwas früher zu unterbrechen und ein bißchen früher heute Nachmittag anfangen. Ich möchte diesen Antrag stattgeben und schließe damit die Vormittagssitzung. Der Landtag beginnt wieder um 15.30 Uhr.

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 12.15 UHR

-----

ORE 15.53 UHR

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Wir fahren fort mit der Behandlung des Art. 8, wo ein Änderungsantrag von Landesrat Benedikt vorgebracht worden ist. Der erste Abänderungsantrag ist etwas abgeändert worden und ich möchte jetzt den neuen Text vorlesen: "Sostituire come segue il punto c) dell'art. 8: 'Per gli interventi di risanamento ai sensi della relativa legge provinciale che non comportino aumento delle superfici utili di calpestio e mutamento della destinazione d'uso, salvo il recupero a scopo abitativo di vani esistenti nella stessa casa di abitazione'".

Der Abänderungsantrag soll übersetzt werden. Wir haben den Auftrag gegeben und die Übersetzung müsste jeden Augenblick kommen. Wer meldet sich zu Wort? Es hat Abg. Erschbaumer das Wort.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Ich wollte nur darauf hinweisen, daß heute Morgen die Landesregierung versprochen hat, daß sie bis zum Nachmittag die Übersetzung zum Änderungsantrag bringt und dann dieselbe vervielfältigen und verteilen läßt.

**PRÄSIDENT:** Herr Abgeordneter Sie haben recht, die Übersetzung ist noch nicht eingetroffen und wir haben dann den Text auf Wunsch verteilt, d.h. diejenigen die den italienischen Text wollten, haben ihn bereits bekommen. Die Übersetzung ist aber leider noch nicht eingetroffen.

**STECHER (KPI - PCI):** Ich möchte inzwischen die Gelegenheit benutzen um zu erklären, daß wir der Ansicht sind, daß auf nationalem Gebiet die Richtlinien zur Befreiung der Baukostenabgaben zu ausgedehnt sind. Hier in unserem Fall geht man noch viel weiter. Also ist es eine grundsätzliche Frage die wir stellen, in dem wir der Ansicht sind, daß man zu weitläufig ist.

Soviel aus dem italienischen Text zum Änderungsantrag hervorgeht, möchte ich folgendes sagen: sicherlich schafft der neue Text etwas Klarheit, denn ansonsten hätte das juristisch verschiedentlich ausgelegt werden können. Aber eines soll noch gesagt werden. Mit dieser Formulierung und mit diesem Text versucht man vor allem eine neue Strukturierung von Giebel- und Dachwohnungen.

Das ist außer Zweifel. Wir haben bei den Giebelwohnungen und Dachwohnungen, die für den Eigenbedarf sein können, aber ebenfalls für die Vermietung nämlich in Zukunft errichtet werden können, unsere Bedenken, da nämlich mit dem Ausbau der Dachwohnungen und der Giebelwohnungen nicht eine Formulierung im gerechten Mietzins gefunden wurde, denn der Ausgangspunkt selbst des gerechten Mietzinses berücksichtigt nicht die Dachwohnungen und die Giebelwohnungen.

**DUBIS (SVP):** Nur kurz um auf die Ausführungen des Kollegen Stecher einzugehen. Ich glaube aus der Formulierung dieses Abänderungsantrages ist unzweifelhaft ersichtlich, daß die Kubatur, die Dachstruktur, dieselbe bleiben muß weil dieser Änderungsantrag ja nicht die Bestimmungen über die Baugesetze im allgemeinen ändert. Damit dürften eigentlich die vom Kollegen Stecher angeführten Zweifel, meines Erachtens, überwunden werden.

Ich habe heute vormittag die Unterbrechung der Sitzung beantragt, nicht um substantielle Änderungen des Gesetzes herbeizuführen, oder auch des Abänderungsantrages, sondern um eine formelle Änderung desselben Abänderungsantrages, zu erwirken, die meines Erachtens erforderlich war, um noch klarer die Tragweite der vorgesehenen Ausnahmebestimmung festzulegen.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Erstens, Herr Präsident, haben Sie vor der Abstimmung nicht abgewartet bis die Übersetzung gekommen ist, zweitens möchte ich zu diesem Artikel selbst noch folgendes sagen.

Im letzten Absatz heißt es: "Die Befreiung im Sinne des Buchstaben d) ist ausschließlich zugunsten von Familien annehmbar..." Hier bitte ich nur um eine Interpretation.

Ich selbst habe hierzu zwei Interpretationen, vielleicht nennen Sie mir die richtige. Ich habe diese Interpretation nur dafür gegeben, damit ein Ventil gegen Zweitwohnungen gemacht wird, oder ist sie auch für die anderen Bereiche, die in den einzelnen Buchstaben vorgesehen sind, da.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Ja diese näheren Ausführungen sind nicht ein Ventil für Zweitwohnungen, sondern sollen verhindern, daß daraus Zweitwohnungen gemacht werden. Die Voraussetzung um also diese Befreiung zu erreichen ist dieser Eigenbedarf und dieser Eigenbedarf ist gerechtfertigt, wenn eben diese Voraussetzungen gegeben sind und das sind dieselben wie für die Kleinsparer. Wir wissen ein Kleinsparer kann eine

Wohnbauhilfe erreichen, wenn er nicht eine zweite Wohnung in erreichbarer Nähe besitzt oder sonst wenn die zweite Wohnung, die nicht in erreichbarer Nähe ist, einen gewissen Ertrag abwirft und so weiter. Also genau um zu verhindern, daß hier eine Vergünstigung jemanden gegeben wird, der im Sinne der Kleinsparergesetzgebung nicht zugelassen werden kann.

**PRÄSIDENT:** Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit drei Enthaltungen ist dieser Abänderungsantrag genehmigt.

Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Wir stimmen über Art. 8 ab: mit drei Stimmenthaltungen genehmigt.

Art. 9

Concessione relativa ad opere o impianti non destinati alla residenza

Per la costruzione di opere o impianti destinati ad attività industriali o artigianali dirette alla trasformazione di beni e alla prestazione di servizi, la concessione comporta esclusivamente la corresponsione degli oneri di urbanizzazione primaria.

La concessione relativa a costruzioni o impianti destinati ad attività turistiche o commerciali comporta la corresponsione del contributo di cui all'art. 2, secondo comma, determinato ai sensi degli artt. 5 e 6 della presente legge.

In caso di impianti con luce netta interna dei singoli piani superiore a 3 metri viene computata esclusivamente l'altezza di 3 metri per ogni piano.

Wer meldet sich zu Wort. Niemand. Wir stimmen über Art. 9 ab: mit drei Enthaltungen genehmigt.

Art. 9/bis

E' soppresso il secondo dell'art. 16 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15.

L'art. 18 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche é sostituito dal seguente:

"Per le zone di espansione deve essere predisposto, prima del rilascio di concessioni edilizie, un piano di attuazione. Nell'ambito di tale piano il 50% rispettivamente il 45% della volumetria deve essere destinato all'edilizia abitativa agevolata a seconda che il piano di attuazione venga predisposto d'ufficio dal comune, ai sensi dell'art. 23, rispettivamente di iniziativa dei proprietari ai sensi del primo comma dell'art. 21.

La volumetria preesistente, anche se destinata a demolizione nel piano di attuazione, non viene considerata al fine del riparto di cui al comma precedente nell'estensione di terreno necessario per la realizzazione della volumetria secondo l'indice di densità attribuito alla zona applicando il coefficiente di utilizzo di cui all'art. 16.

Prima dell'approvazione del piano di attuazione possono essere rilasciate concessioni edilizie per lavori di consolidamento, di restauro o di demolizione e ricostruzione di edifici esistenti compreso l'ampliamento fino

a raggiungere lo sfruttamento totale sull'area vincolata dalla volumetria preesistente dell'indice di densità attribuito alla zona. L'area vincolata della volumetria preesistente è determinata, sentita la commissione edilizia comunale, con deliberazione della giunta comunale, che diventa esecutiva ai sensi dell'art. 44/bis della legge regionale 20 ottobre 1963, n. 29, e successive modifiche sentite l'ufficio urbanistico provinciale.

Se in una zona di espansione sono comprese aree di proprietà del comune o di altro ente pubblico o di cooperative edilizie fruente di mutuo agevolato, la rispettiva volumetria deve essere destinata interamente all'edilizia abitativa agevolata e /o ad opere di urbanizzazione secondaria. Qualora l'estensione della zona lo esiga, una quota fino al 15% della suddetta volumetria può essere destinata ad attività terziaria in relazione al fabbisogno della zona.

Se una zona di espansione è proprietaria esclusiva di uno o più enti pubblici e se nel comune in base al programma pluriennale di attuazione del piano urbanistico comunale non sono disponibili aree per l'edilizia abitativa non agevolata, il comune è autorizzato a destinare una quota fino al 40% dell'area della zona di espansione all'edilizia residenziale privata, nella quale gli interventi di edilizia abitativa sono soggetti al regime dell'edilizia convenzionata di cui all'art. 7 della legge di riforma del diritto di edificare.

In sede di approvazione del piano di attuazione possono essere apportate per facilitare l'attuazione del piano modifiche al piano urbanistico comunale concernenti:

- a) la delimitazione della zona di espansione per rispettare i confini di proprietà o per eliminare aree che per la loro conformazione non sono suscettibili di razionale utilizzazione a scopo residenziale;
- b) l'esclusione dalla zona di espansione di particelle o di parti di esse non suscettibili di ripartizione tra edilizia abitativa agevolata ai sensi della presente legge e l'edilizia residenziale, perché la loro area è inferiore la lotto minimo necessario.

Per le aree escluse ai sensi del comma precedente deve essere indicata la destinazione urbanistica rimanendo escluso ogni sfruttamento edilizio. L'ufficio urbanistica cura le modifiche agli allegati grafici del piano urbanistico comunale derivanti dalla lett. a) del precedente comma".

Wer meldet sich zu Wort über Art. 9/bis? Niemand. Wir stimmen ab: mit drei Stimmenthaltungen genehmigt.

#### Art. 10

##### Programmi pluriennali di attuazione

L'art. 19 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, è sostituito dal seguente:

"L'attuazione del piano urbanistico comunale avviene sulla base di programmi di attuazione che determinano le aree e le zone o parti di esse - comprese le aree di completamento e le zone di risanamento - nelle quali

debbano realizzarsi, anche a mezzo di comparti, le previsioni di detti strumenti e le relative urbanizzazioni. In relazione al numero ed all'estensione delle aree, nonché al prevedibile andamento delle istanze di concessione, i periodi di tempo per la realizzazione dei programmi di attuazione devono essere stabiliti in modo da assicurare il progressivo ordinato utilizzo delle aree a disposizione nel decennio di calcolo, in misura non inferiore a tre e non superiore a nove anni.

La concessione di cui all'art. 2 della legge di riforma del diritto di edificare è data solo per le aree incluse nei programmi di attuazione e, al di fuori di esse, per le opere e gli interventi previsti dall'art. 8 della stessa legge.

Fino all'approvazione dei programmi di attuazione, al di fuori dei casi previsti nel precedente comma, la concessione è data soltanto su aree dotate di opere di urbanizzazione o per le quali esista l'impegno dei concessionari di realizzarle.

Qualora nei tempo indicati dai programmi di attuazione gli aventi titolo non presentino istanza di concessione singolarmente o riuniti in consorzio si applica anche per singoli lotti quanto disposto ai commi quarto, quinto e sesto dell'art. 34 dell'ordinamento urbanistico provinciale in ordine al comparto; per gli interventi di edilizia abitativa sono obbligatori gli impegni di cui all'art. 7 della legge di riforma del diritto di edificare.

Bei diesem Artikel ist ein Abänderungsantrag durch Landesrat Benedikter eingebracht worden und zwar: "Al primo comma, dopo la parola urbanizzazione mettere il punto ed aggiungere il seguente periodo: 'In relazione al numero ed all'estensione delle aree, nonché al prevedibile andamento delle istanze di concessione, i periodi di tempo per la realizzazione dei programmi di attuazione devono essere stabiliti in modo da assicurare il progressivo ordinato utilizzo delle aree a disposizione nel decennio di calcolo, in misura non inferiore a tre anni e non superiore a nove anni'".

Wer meldet sich zu Wort? Es hat das Wort Landesrat Benedikter.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Ich darf sagen, daß diese Änderung, diese Ergänzung, in der Kommission vereinbart worden ist und ich mir vorbehalten habe sie noch auszuarbeiten; ich begründe das noch einmal.

Es geht darum näher festzusetzen, ob im Durchführungsprogramm ein Durchführungsplan drei Jahre oder länger dauern soll. Das hängt davon ab, ob es nur eine Erweiterungszone gibt oder mehrere Erweiterungszone und es soll davon abhängen, ob diese Zonen kleiner oder größer sind und dann soll mit dieser Festsetzung eben im Auge behalten werden, daß eine fortschreitende geordnete Nutzung der verfügbaren Flächen innerhalb der Zehnjahresperiode sichergestellt wird. Mit dieser Richtlinie wird dann die zeitliche Dauer eines Durchführungsplanes erstreckt, von drei bis neuen

Jahre, d.h. angenommen es gäbe nur eine Erweiterungszone in einer Gemeinde, was ja vorkommt, so wäre es nicht richtig, daß der Durchführungsplan nur fünf Jahre gelten würde und dann nach Ablauf der fünf Jahre die Eigentümer, die nicht um die Baukonzession angesucht haben, durch die Gemeinde ersetzt würden und die Gemeinde vorgehen müßte, um von sich aus zu bauen bzw. eben zu enteignen sondern, daß in diesem Fall z.B. eben die Dauer des Durchführungsplanes erstreckt werden kann, eben nicht so, daß zehn Jahre abgewartet werden bis zu letzt aber bis zu neun Jahren abgewartet werden können.

Die Gemeinde hat hier eine elastische Vorschrift. Sie soll auf jeden Fall die fortschreitende geordnete Nutzung der verfügbaren Flächen im Zehnjahreszeitraum sicherstellen und kann dann, je nachdem wie viele Zonen da sind und wie groß die Zonen sind, die Dauer der Durchführungspläne von drei bis neun Jahre festsetzen.

**SFONDRINI (PSI):** Ho capito il concetto, però chi lo stabilisce? Il comune autonomamente, o no? Le fasi del piano di attuazione delle zone di espansione possono essere graduate nel tempo in base ad una valutazione fatta dal comune. L'utilizzazione di queste zone di espansione è sottoposta anche all'esame della commissione urbanistica provinciale. In comuni di certe dimensioni possono esistere due piani di espansione. Il comune già nella formulazione delle zone di espansione deve stabilire la priorità di una zona rispetto all'altra, cioè deve stabilire che prima si utilizza una zona e successivamente l'altra. Ma facciamo il caso che si sia deciso di utilizzare la prima zona di espansione, ma i proprietari di questa ritardino nel presentare i progetti e le richieste di concessione. Allora bisogna sbloccare la seconda zona di espansione, i proprietari sono d'accordo. In questo caso il comune che strumento giuridico ha per evitare il blocco delle costruzioni di fronte all'inerzia dei proprietari della prima zona? Teoricamente questo può capitare. Chiedo in questo caso è possibile con una deliberazione intervenire mutando la graduatoria di sfruttamento di queste zone facendo passare la prima per seconda e viceversa?

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung, und geförderten Wohnbau - SVP):** Wir haben diese Befugnis der Gemeinden elastischer gestaltet. Die Gemeinde hat die Aufgabe, wie es heißt, sicherzustellen "assicurare il progressivo ordinato utilizzo delle aree a disposizione nel decennio ricalcolo". Das muß die Gemeinde also tun. Sie hat diese Aufgabe, sie hat diese Verantwortung und es ist hier eine gewisse Ermessensfreiheit diesbezüglich gegeben, jedoch muß sie selbstverständlich für die verschiedenen Zonen, wenn es mehrere davongibt, Zeiten festsetzen, innerhalb welcher die Zone genutzt werden soll. Also wird sie sich einen Plan machen und so nach und nach, im Sinne dieses fortschreitenden geordneten Nutzens, innerhalb von zehn Jahren die Nutzung sicherstellen.



Es müssen, wie gesagt, Termine festgesetzt werden. Der letzte Absatz hier vom Artikel sagt, falls in den, Durchführungsprogrammen angegebenen Zeiten die Berechtigten nicht die Konzessionsgesuche einbringen, hat die Gemeinde dann diese anderen Befugnisse, von denen wir ja auch in der Kommission ziemlich ausführlich gesprochen haben. Also bei Ablauf des Termins muß die Gemeinde von dieser Befugnis Gebrauch machen und ich kann mir vorstellen, daß inzwischen selbstverständlich diese Prozedur abgewickelt wird und daß inzwischen selbstverständlich eine andere Zone verfügbar gemacht wird, so daß nie eine Unterbrechung eintritt und gewissermaßen Bewerber warten müssen, bis die Prozedur, gemäß Art. 34 des Landesraumordnungsgesetzes, durchgeführt ist. Das ist auch nicht notwendig, das läßt sich schon gleichzeitig durchführen.

**PRÄSIDENT:** Sind weitere Wortmeldungen zum Abänderungsantrag von Landesrat Benedikter? Niemand. Wir stimmen ab: mit drei Stimmenthaltungen genehmigt.

Wer meldet sich zu Wort zum so abgeänderten Art. 10? Niemand. Wir stimmen ab: mit drei Stimmenthaltungen genehmigt.

Art. 11

Richiamo a norme statali

Si applicano nel territorio della provincia l'art. 15 (sanzioni amministrative), escluso il secondo comma, e sostituendo all'ufficio tecnico erariale quello provinciale; l'art. 16 (tutela giurisdizionale), l'art. 17 (sanzioni penali), l'art. 18 (norme transitorie).

Wer meldet sich zu Wort? Es hat das Wort Abg. Erschbaumer.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Dieser Artikel ist nicht bürgernahe. Wenn man die Autonomie ausschöpfen will, dann hätte man gerade hier die Möglichkeit diese Artikel und Absätze, die Sie hier nennen, ausführlich zu machen. Ich habe bei anderen Artikeln nicht das Wort ergriffen. Wir haben gerade gestern ein Gesetz verabschiedet, eine Änderung zum Wohnbaureformgesetz, und jetzt ändern wir schon wieder Artikel des Wohnbaureformgesetzes, die wir vorhin abgeschafft haben; den Artikel 9 den zweiten Absatz des Artikels 16 usw. Auch wenn sie später dann wieder einen Sammeltext herausgeben, so nützt das nichts, denn diesen Sammeltext bekommt ja nicht jeder Bürger. Diese Sammeltexte sind sehr spärlich, die bekommt man nicht so leicht. Was soll der Bürger mit einem solchen Text wie hier im Artikel 11, anfangen? Was soll der einfache Gemeinderat mit einem solchen Artikel anfangen? Weshalb all die Hinweise auf die Staatsgesetze?

Herr Landesrat Benedikter hier könnten Sie die Autonomie ausschöpfen, in dem sie diese Bestimmungen, also die zitierten Staatsgesetze, in einem Sammeltext formulieren. Übrigens wären Sie, auf Grund einer im Landtag verabschiedeten Tagesordnung verpflichtet gewesen, die Unterlagen den Abgeordneten zu liefern. Das haben Sie nicht getan. Auch im nächsten

Artikel, den Artikel 12, machen Sie einen Zusatz zum Artikel 8 des Landesraumordnungsgesetzes. Auch hier sieht man, daß nicht die Absicht besteht einen Landesraumordnungsplan vorzulegen, denn sonst hätten Sie bereits genügend Bestimmungen im bestehenden Landesraumordnungsgesetz drinnen. Jedenfalls wollte ich nur klar zum Ausdruck bringen, daß dieser Artikel nicht bürgernahe und bürgerfremd ist.

Sie haben die Unterlagen nicht geliefert und ich ersuche Sie in einem Sammeltext auf die einzelnen Bestimmungen, die Sie hier im Artikel 11 nennen, als Fußnoten klar einzubauen.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Was den Text des staatlichen Reformgesetzes betrifft, das am 31. Jänner in Kraft getreten ist, so ist er im Amtsblatt der Region veröffentlicht worden und das Amtsblatt bekommen alle Abgeordneten, so daß es nicht notwendig ist, Dinge die im Amtsblatt erscheinen, noch einmal extra zu liefern, glaube ich. Es ist klar, daß sobald dieses Gesetz in Kraft tritt, und andere Gesetze - es soll ja auch das Sanierungsgesetz noch dazukommen und alle Gesetze die jetzt in dieser Periode verabschiedet werden - in Kraft treten, die alle entweder mit dem Landesraumordnungsgesetz oder mit dem Wohnbaureformgesetz zu tun haben, daß dann ein vereinheitlichter Text zusammengestellt wird und, wie wir es schon gemacht haben, auch dort wo auf staatliche Bestimmungen berufen wird, die entsprechenden Bestimmung in diesem Sammeltext wiedergegeben wird. Das war klar, das haben wir schon gemacht und jetzt müssen wir selbstverständlich abwarten bis diese Gesetze in Kraft treten, um sie dann, so handlich wie es diese Bücher waren, zu veröffentlichen.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Ich bin mit Ihrer Antwort teilweise zufrieden wenn Sie sagen, Sie werden das alles in einem Sammeltext in reichlichen Auflagen herausgeben, wo möglich soviel in Reserve wie heute noch von den Broschüren über die Wildbachverbauung in Reserve sind.

**PRÄSIDENT:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen sind, dann stimmen wir ab über Art. 11: zwei Stimmenthaltungen genehmigt.

#### Art. 12

All'art. 8 dell'ordinamento urbanistico provinciale viene aggiunto il seguente comma:

"Contemporaneamente al deposito ai sensi del primo comma il progetto del piano territoriale provinciale é inviato al Ministero dei lavori pubblici, perché entro il termine perentorio di 120 giorni formuli le osservazioni ai sensi dell'art. 21 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381".

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit zwei Stimmenthaltungen genehmigt.

Art. 13

Il primo comma dell'art. 16 dell'ordinamento urbanistico provinciale é integrato come segue:

"Il progetto del piano urbanistico comunale per i comuni elencati nel primo comma dell'art. 22 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381, deve essere trasmesso anche al rappresentante regionale dell'autoritá militare, il quale entro 90 giorni comunica il parere di cui al secondo comma dell'art. 22 citato".

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Art. 14

Nell'art. 48 dell'ordinamento urbanistico provinciale é inserito il seguente primo comma:

"L'amministrazione provinciale promuove iniziative per la conoscenza dei problemi sulla pianificazione territoriale e urbanistica e la divulgazione delle relative norme ed agevola l'attivitá di enti e organizzazioni che per compito istituzionale si propongono il raggiungimento di queste finalitá mediante contributi o sussidi e mettendo a disposizione appropriati mezzi di pubblicitá".

Wer meldet sich zu Wort? Es hat das Wort Abg. Erschbaumer.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Zum Artikel 14 möchte ich sagen, daß es grundsätzlich zu begrüßen ist, wenn Sie diese Maßnahme vorsehen, aber mit dem Text da ist überhaupt nichts getan. Ich weiß nicht wer dafür zuständig ist. Ist Landesrat Zelger zuständig? Sind Sie zuständig? Wie hoch sind die vorgesehenen Ausgaben und in welchem Kapitel sind sie vorgesehen? Hier ist überhaupt nichts angegeben. Hier steht nicht an wen man sich wenden soll.

Wenn Sie das so formulieren, dann müssen Sie davon ausgehen, daß hiermit nicht die allgemeinen Ansuchen an das Kulturassessorat gemeint sind, denn dann müssen Sie die gesamte Tätigkeit des Jahres vorher angehen, den gesamten Haushaltsplan für das darauf folgende Jahr, die gesamte Tätigkeit usw. Wenn Sie das hier spezifisch auf dieses Thema bauen, dann müssen Sie auch ganz klar sagen, ob man da die Ansuchen an Sie richtet; ich glaube Interesse ist reichlich da und Sie begrüßen es ja, daß die Leute darüber informiert werden und daß sie geschult werden und dgl.

Ich könnte mir vorstellen, daß sich über den Südtiroler Bildungsverein eine ganze Reihe solcher Veranstaltungen machen lassen könnten.

Mit diesem Artikel kann ich aber nichts anfangen. Ich habe inzwischen soviel Praxis wovon die Landesregierung da ausgeht. Die zahlten übrigens erst dann, wenn man im Defizit ist, sonst tut sie gar nichts, sie macht nur den Ausgleich. Oder steckt hier eine Absicht dahinter, daß

Sie jetzt schon wissen wer hier wahrscheinlich in Frage kommen wird, eine bestimmte Organisation usw. Ich ersuche Sie, hier ganz klar zu sagen wer hier an die Reihe kommen kann und wer Ansuchen stellen kann. Sie sagen ungefähr Sie müssen in den Satzungen drinnen sein und das ist nicht so schwierig, denn die Satzungen kann man ändern.

Aber ganz klar, welche Organisationen glauben Sie können das machen? An wen müssen diese die Ansuchen stellen? Wieviel Geld sehen Sie für das Jahr 1978 vor?

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Herr Abgeordneter, wenn Sie das Büchlein hernehmen und auf Seite 152 den Artikel 48 nachlesen, dann werden Sie sehen, daß das der erste Absatz dieses Artikels 48 sein soll. Der Artikel 48 enthält bis jetzt nur die Bestimmung, daß ein eigener Haushaltsplan für die Ausgaben, die mit dem Landesraumordnungsgesetz verbunden sind, vorgesehen werden soll und es hat sich herausgestellt, daß man für solche Tagungen wie sie z.B. in Meran abgehalten worden sind, über das Sanierungsgesetz - ich glaube Sie waren auch oben -, daß wir da keinen Beitrag geben können, weil keine eigene Bestimmung dieser Art drinnen ist. Der Wortlaut der Bestimmung ist derselbe Wortlaut wie im Landschaftsschutzgesetz, nur selbstverständlich bezogen auf die Raumordnung. Also hat sich dieser Artikel bereits bewährt und da ist genau das gemeint was da steht, also es ist an keine Organisation von vorneherein gedacht; aber mit einem solchen Artikel, mit einer solchen Bestimmung könnte man z.B. an eine Veranstaltung, wie sie der Arbeitskreis für Umweltfragen von Meran eben gemacht hat, einen Beitrag geben und Ähnliches. Also Veranstaltungen, wie es da heißt, von Körperschaften und Organisationen die, auf Grund ihrer Satzungen, sich vornehmen über die Raumordnungsgesetzgebung, die Wohnbau-reformgesetzgebung usw. aufzuklären.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Auf meine Fragen haben Sie nicht geantwortet Herr Assessor. Ich habe Sie gefragt welche Organisationen da in Frage kommen, wieviel Sie im Jahr 1978 ausgeben und an wen das Ansuchen gestellt werden muß. All das geht aus dem Artikel 48 nicht hervor. Da steht nur etwas von einem Ansatz drinnen: "die aus der Anwendung des Landesraumordnungsgesetzes erwachsenden Ausgaben werden mit einem eigenen Ansatz im Landeshaushalt gedeckt" steht drinnen. Sie haben mir nicht gesagt wieviel Sie zur Verfügung haben, wer das Ansuchen stellen kann und wem Sie so einen Beitrag geben würden. Sie haben gesagt man könnte diesem Arbeitskreis einen Beitrag geben, aber mir geht es nicht darum ob Sie können oder nicht können, sondern wenn wir ein Gesetz machen, dann muß es ein rechtliches werden.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und geförderten Wohnbau - SVP):** Also wer ansuchen kann steht drinnen und ich kann nicht mehr sagen. Ich habe das Beispiel vom Arbeitskreis für

Landeschaftsschutz gemacht, aber selbstverständlich können auch Körperschaften und Organisationen, die satzungsgemäß sich vornehmen und die Aufgabe haben über die Probleme der Raumordnung und Landesplanung aufzuklären, ansuchen. Bisher waren im Haushalt für Ausgaben für die Durchführung des Landesraumordnungsgesetzes und hauptsächlich Beschaffung von Unterlagen und Beschaffung von Kataster nur 15 Millionen vorgesehen. Man wird dieses Kapitel vielleicht irgendwie erhöhen. Man wird es irgendwie erhöhen, um solche Veranstaltungen, die ja nicht alltäglich sind, auch unterstützen zu können. Angesucht wird selbstverständlich an das Assessorat das zuständig ist, wie es heißt an das Assessorat für Raumordnung und Landesplanung.

**PRÄSIDENT:** Weitere Wortmeldungen? Wenn nicht stimmen wir ab über Art. 14: mit einer Enthaltung genehmigt.

Art. 15

Norma transitoria

I piani urbanistici vigenti dei comuni elencati nel primo comma dell'art. 22 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381, vengono trasmessi al rappresentante regionale dell'autorità militare, il quale comunica entro 180 giorni il parere di cui all'art. 22 citato.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit einer Stimmenthaltung genehmigt.

Art. 16

La presente legge é dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Es braucht hier mindestens 18 Ja-Stimmen. Wir stimmen ab: mit 22 Ja-Stimmen, drei Gegenstimmen und einer Enthaltung genehmigt.

Erklärungen zur Stimmabgabe? Niemand. Ich bitte die Verteilung der Stimmzettel.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 26, Ja-Stimmen 22, Nein-Stimmen 1, Stimmenthaltung 1. Das Gesetz ist genehmigt.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt; das wäre der Punkt 2, der Tagesordnung, welche mit Schreibung vom 27.10.1977 den Abgeordneten zugeschickt wurde und zwar 'Anfragen und Interpellationen'. Landesrat Dr. Zelger hat das Wort.

**ZELGER (Landesrat für Schule und Kultur - SVP):** Herr Präsident! Ich ersuche den hohen Landtag, daß er seine Zustimmung dazu geben möge, jetzt nicht den Punkt 2) der Tagesordnung, wie angekündigt, behandeln zu wollen, sondern den Punkt 8) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 230/77/bis: "Änderungen zur geltenden Personalordnung der Berufsausbildung". Ich ersuche deshalb darum, da es doch recht dringend geworden ist, daß dieser Tagesordnungspunkt ehestens behandelt wird, zumal er ja nur jene Punkte betreffen soll, die seinerzeit von der Zentralregierung, auf das vom Landtag im letzten Sommer genehmigte Gesetz, zurückgewiesen worden ist.

**PRÄSIDENT:** Auf Grund der Geschäftsordnung können zwei für und zwei gegen den Antrag sprechen. Wer möchte sich für den Antrag aussprechen? Niemand. Wer möchte gegen sprechen? Niemand. Wir stimmen ab: mit Stimmeinhelligkeit genehmigt.

Wir behandeln jetzt Punkt 8 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 230/77/bis: "Änderungen zur geltenden Personalordnung der Berufsausbildung".

Punto 8) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 230/77/bis: "Modifiche al vigente ordinamento del personale addetto alla formazione professionale provinciale".

Ich ersuche die Landesregierung um ihrem Bericht.

**ZELGER (Assessor für Schule und Kultur - SVP):** Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigt die Landesverwaltung in erster Linie folgende wichtige Probleme einer Lösung zuzuführen:

- 1) Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung der Betreuer für Behinderte und der Heimerzieher;
- 2) Ausschaltung der schwerfälligen bürokratischen Prozedur bei kurzfristigen Beauftragungen von Referenten in Berufsertüchtigungskursen und in Aus- und Weiterbildungskursen von Lehr- und Erzieherpersonal.

In Bezug auf Punkt 1 ist folgendes zu bemerken:

Die Landesverwaltung unterhält schon seit 7 Jahren Beschützende Werkstätten und andere Ausbildungsstätten für Behinderte, die im Rahmen der Berufsausbildung geführt werden. Diese Einrichtungen haben zum Zweck, die geistig und körperlich Behinderten für einen geeigneten Arbeitsplatz auszubilden. Dadurch kann ein Teil der vom Schicksal so schwer betroffenen Mitmenschen in ein ordentliches Arbeits- und Verdienstverhältnis eingegliedert werden. Wo auf Grund schwerer Behinderungen die Erlernung eines eigentlichen Berufes nicht möglich ist - und das trifft beim größten Teil der Behinderten zu - werden Handfertigkeiten und Tätigkeiten angelernt, die es ermöglichen, in Einzel- oder Gemeinschaftsarbeit nützliche Produkte herzustellen. Auf diese Weise können die Behinderten aus ihrem meist sinnlosen und untätigen

Dasein herausgeholt und einer sinnvollen und nutzbringenden Beschäftigung zugeführt werden.

Weiters unterhält die Landesverwaltung seit vielen Jahren eigene Heime, die den Berufsschulen bzw. den Berufsertüchtigungszentren angeschlossen sind und dazu dienen, Lehrlinge und Kursbesucher während ihrer Schulzeit unterzubringen und zu verpflegen. Durch die Führung solcher Heime wird auch den vom Schulort entfernt wohnenden Jugendlichen die Möglichkeit geboten, die Berufsschule und die Kurse regelmäßig zu besuchen.

In beiden vorgenannten Einrichtungen sind seit ihrem Bestehen Betreuer und Erzieher tätig, deren rechtliche und wirtschaftliche Stellung bisher gesetzlich nicht geregelt war.

Da sich jedoch inzwischen die Notwendigkeit erwiesen hat, so wohl die Beschützenden Werkstätten als auch die den Landesberufsschulen angeschlossenen Heime zu einer fixen Einrichtung des Landes zu machen, muß auch für das darin beschäftigte Personal ein geregeltes Anstellungsverhältnis geschaffen werden. Aus diesem Grunde wird im vorliegenden Gesetzentwurf die Kategorie der Erzieher - eingeteilt in Betreuer für Behinderte und in Heimerzieher - geschaffen und für sie alle die Bestimmungen und Verfügungen getroffen, die für öffentliche Bedienstete im allgemeinen Geltung haben, wie z.B. Aufnahmebedingungen, Aufgabenbereiche, Stundenverpflichtungen usw.

Als weitere neue Kategorie wird in diesem Gesetzesvorschlag der technische Hoteldirektor vorgesehen. Dazu muß festgestellt werden, daß der Hotelfachschule in Meran seit ihrer Errichtung ein Hotelbetrieb angeschlossen ist, um so eine bessere Ergänzung des theoretischen Unterrichtes mit der Praxis zu erreichen. Die Geschäftsführung dieses Hotelbetriebes fällt in das Aufgabengebiet des technischen Hoteldirektors. Auch in diesem Fall muß betont werden, daß die Stelle des Hoteldirektors schon seit Jahren im Auftragswege vergeben wird und nun eine gesetzliche Regelung getroffen werden muß. Für die Gesamtleitung von Schule und Hotel ist der Schuldirektor zuständig und verantwortlich.

Als weitere wichtige Neuregelung wird in dieser Gesetzesvorlage die Beseitigung der schwerfälligen und zeitraubenden bürokratischen Prozedur bei bestimmten Aufträgen vorgesehen.

Bisher war es so, daß bei jeder Beauftragung, gleichgültig von welcher Dauer und mit welcher Stundenverpflichtung alle Dokumente beigebracht werden mußten, die für einen Beamten der öffentlichen Verwaltung bei seiner Aufnahme in ein ordentliches Anstellungsverhältnis verlangt werden. Diese Verpflichtung brachte die Verwaltung oft in größte Schwierigkeiten, ja es mußten sogar eingeplante und terminmäßig festgelegte Kurse im letzten Moment abgesagt werden, weil die für den Unterricht vorgesehenen Referenten nicht bereit waren, die vielen Dokumente zu beschaffen. Dazu muß betont werden, daß besonders für die technisch-praktischen Konferenzen meist Freiberufler und Fachleute aus der freien Wirtschaft herangezogen werden müssen. Diese Kräfte können in den meisten Fällen nur durch Bitten und Ersuchen zur Mitarbeit herangezogen werden, zumal die Honorierung keinen besonderen Anreiz bietet. Macht man ihnen dann noch zur Aufgabe, Unterlagen und Dokumente einzuholen,

dann darf es nicht verwundern, wenn sie eine Absage erteilen.

Will man auf diesem Sektor in Zukunft schneller und reibungsloser arbeiten, muß in erster Linie die Beauftragungsform, aber dazu auch die Bezahlungsmodalität vereinfacht und beschleunigt werden. Dazu soll der Art. 47 dieses Gesetzentwurfes dienen.

Neben diesen genannten Schwerpunkten wurde auch eine Reihe von bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen den neuen Erfordernissen und Umständen angepaßt und die einzelnen Artikel entsprechend abgeändert, ergänzt oder gestrichen bzw. durch neue ersetzt. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Bestimmungen, die schon in Kraft sind, und nun mit den neuen Personalkategorien ergänzt werden müssen. Aber auch andere Bestimmungen, für die sich in der Vergangenheit Auslegungsschwierigkeiten ergeben haben oder die den Verordnungen der allgemeinen Personalordnung der Landesbediensteten angepaßt werden müssen, sind in diesem Gesetzesvorschlag enthalten.

Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf vor:

in den Art. 1, 2 und 3 werden die Kategorien und die Dienststrängen des Erzieherpersonals und des technischen Hotelpersonals neu eingeführt und ihre Angleichung an die Laufbahnen der übrigen Landesbediensteten festgelegt;

im Art. 4 wird die Unterrichtsfreiheit klarer formuliert; Art. 5 betrifft die allgemeinen Bedingungen für die Aufnahme in die Stammrolle, während der Art. 6 eine teilweise Änderung der bereits bestehenden Bestimmungen über die Studien- und Berufstitel für Lehrer des Gastgewerbes vorsieht. Zu dem werden in diesem Artikel die Studien- und Berufstitel für die Betreuer, Erzieher und für den technischen Hoteldirektor festgelegt.

Mit den Art. 7 und 8 werden die Abwicklung der Wettbewerbe und die Zusammensetzung der entsprechenden Prüfungskommission geregelt.

Art. 9 bestimmt, wie die Ernennung des Landesinspektors erfolgt und klärt dessen Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche ab, während im Art. 10 die Wettbewerbsbestimmungen für die Eingliederung in die Stammrolle der Berufsschuldirektoren enthalten sind.

Im Art. 11 wird festgehalten, daß bei Abwesenheit des Inspektors oder eines Direktors ein Vertreter ernannt werden kann. Für den Inspektor kann nur ein Direktor erster Klasse eingesetzt werden, während der Direktor in erster Linie durch einen geeigneten Lehrer aus dem Lehrkörper der Berufsausbildung ersetzt werden soll. Nur wenn ein solcher entweder nicht vorhanden oder nicht gewillt ist, diese Aufgabe zu übernehmen, kann ein Außenstehender herangezogen werden.

Weiters wird in diesem Artikel die für Vertretungen zustehende Vergütung festgelegt.

Der Art. 12 enthält die Klassifizierung der Berufsschuldirektoren und sieht eine Sondervergütung für solche Direktoren vor, die neben ihren Aufgaben als Schuldirektoren noch die Leitung von Heimen mit über 100 Schülern inne haben. Die Führung eines so großen Heimes bedeutet für den Direktor eine wesentliche Mehrbelastung, hat aber den Vorteil, daß sowohl Schule als auch Heim von ein und derselben Person geleitet werden und somit Divergenzen von vornherein ausgeschaltet sind.



Art. 13 betrifft die Zuständigkeitsbereiche und die Unterrichtsverpflichtung der Direktoren.

Im Art. 14 wird zunächst die Verpflichtung für Lehrer zur Dienstleistung sowohl in Berufsschulen als auch bei Berufsertüchtigungskursen festgehalten. Weiters wird in diesem Artikel das Ausmaß der Unterrichtsstunden für die Lehrer festgesetzt. Als neue Bestimmung wird eingeführt, daß die Lehrer über ihre normale Unterrichtsverpflichtung hinaus zusätzlich für 20 Monatsstunden zu weiteren Dienstverpflichtungen, die mit dem Schul- und Heimbetrieb zusammenhängen, herangezogen werden können. Eine solche Verpflichtung hat auch der Staat für seine Lehrer gesetzlich vorgesehen.

Mit Art. 15 wird verfügt, daß Lehrerkonferenzen außerhalb der normalen Unterrichtszeit abzuhalten sind, um so den Schülern ihr Recht auf die ohnehin kurze Schulzeit nicht weiter zu schmälern.

Der Art. 16, der die Leistung von Überstunden über das vorgeschriebene Pflichtausmaß hinaus zum Gegenstand hat, ist im Wesentlichen unverändert geblieben. Er wurde lediglich klarer formuliert und als Änderungen scheinen auf:

a) daß die bei Abendkursen geleisteten Unterrichtsstunden als Normalstunden vergütet werden, sofern sie das vorgeschriebene Maximum überschreiten; für Unterrichtsstunden in Überzahl von bisher 7 auf 8 in der Woche.

Der Art. 17 enthält die Klassifizierung der Direktoren für Behinderteneinrichtungen und sieht eine Sondervergütung vor, wenn der Direktor zusätzlich zur Betreuung der Werkstätten ein Behindertenheim mit über 80 Insassen zu leiten hat.

Im Art. 18 werden die Aufgaben der Leiter von Behindertenzentren genauer umrissen.

Im Art. 19 wird das Aufgabengebiet und im Art. 20 das Ausmaß der Dienstverpflichtung für die Betreuer in Behinderteneinrichtungen und für die Heimerzieher geregelt.

Art. 21 betrifft die Zulassung zum Wettbewerb und die Laufbahnentwicklung der Direktoren und Betreuer für Behinderte sowie der Heimerzieher.

Im Art. 22 wird verfügt, daß das obengenannte Personal der Sprachgruppe angehören muß, der die zu betreuenden Behinderten und Heiminsassen angehören.

Von Art. 23 - Art. 26 werden die Aufgaben, Laufbahnentwicklung, Dienstverpflichtung und Urlaub des technischen Hoteldirektors geklärt, während im Art. 27 Bezug auf die allgemeingültigen Bestimmungen genommen wird. Durch die Art. 28 und 29 werden die bereits geltenden Bestimmungen über die Probezeit und die Versetzung auch auf das Erzieherpersonal ausgedehnt.

Art. 30 betrifft die Unterkunfts- und Verpflegungskosten, die jenen Personal zu bezahlen ist, das sich während der Mahlzeiten und in der Nacht aus dienstlichen Gründen im Hause aufhalten muß.

Art. 31 sieht vor, daß das unterrichtende Personal auf Ansuchen auch Erzieherdienst leisten kann, während Art. 32 besagt, daß das Personal auch zum technischen Beratungsdienst herangezogen werden kann.

Art. 32 regelt die Wahl der Personalvertreter in den verschiedenen Gre-

mien.

Art. 34 hat die Abstellung von Personal zum Inspektorat für die Berufsausbildung zum Gegenstand. es handelt sich dabei um eine bereits geltende Bestimmung. Hinzugekommen ist nur die Verpflichtung zur Dienstleistung von 40 Wochenstunden und die Einbeziehung des Erzieherpersonals in diese Regelung.

Mit Art. 35 wird dem Inspektor ein Kassenvorschuß gewährt, um den in seinen Aufgabenbereich fallenden Zahlungsverpflichtungen schneller nachkommen zu können. Für die Direktoren ist diese Regelung schon seit langem in Kraft.

Art. 36 sieht die Möglichkeit vor, im Bereiche der Berufsausbildung beauftragtes Personal zu beschäftigen. Diese Bestimmung hatte schon in der Vergangenheit Gültigkeit, es wurden jetzt nur die neuen Personalkategorien eingefügt. Zudem wurde eindeutig festgelegt, daß der Auftrag in juridischer, besoldungsmäßiger und in jeder anderen Hinsicht erst mit dem Datum des effektiven Dienstantrittes wirksam wird.

Art. 37 klärt näher, wann ein Auftragsverhältnis aufgelöst wird.

In den Art. 38 - 41 werden Gremien genannt, die zuständig sind für:

- a) die Genehmigung der Jahrestellen, die durch Auftrag zu vergeben sind;
- b) die Festlegung der Richtlinien für die Beauftragungsmodalitäten;
- c) die Erstellung der Rangordnung;
- d) die Errichtung neuer Stellen.

Als wesentliche Neuerung ist im Art. 40 vorgesehen, daß die Rangordnung nicht mehr vom Landesausschuß, sondern vom Assessorenkomitee genehmigt wird. Dadurch wird der Verwaltungsweg abgekürzt, weil die Registrierung durch den Rechnungshof nicht mehr im voraus erfolgen muß. Der Rechnungshof kontrolliert die Rangordnung erst im Zusammenhang mit der Auszahlung der Gehälter.

Laut Art. 41 ist es dem Assessorenkomitee vorbehalten, nach Beginn des Schuljahres eventuell erforderliche Stellen zu genehmigen.

Mit Art. 42 werden klare Bestimmungen hinsichtlich der Aufträge "auf unbestimmte Zeit" erlassen. Diese Auftragsform hat es bisher auch gegeben, nur kam es in Vergangenheit wegen unklarer Formulierungen zu Auslegungsschwierigkeiten, die mit dem neuen Text beseitigt werden sollen. Im wesentlichen wird in der neuen Fassung der Grundsatz vertreten, daß die Aufträge auf unbestimmte Zeit nur für Jahresaufträge mit einer vollen Dienstverpflichtung und bei Vorhandensein aller erforderlichen Voraussetzungen und Titel vergeben werden können. Bisher waren solche Aufträge auch bei einer verminderten Stundenverpflichtung vergeben worden.

Art. 43 sieht die Beauftragungsmöglichkeit durch Direktberufung seitens des zuständigen Assessors vor. Diese Auftragsform kann nur in bestimmten Fällen zur Anwendung kommen, z.B. wenn in der Rangordnung nicht genügend Bewerber aufscheinen, wenn jemand auf den Auftrag verzichtet hat, oder bei Aufträgen mit wenigen Stunden und bei außerordentlichen Aufträgen, die im Art. 47 behandelt werden. Es wird auch die Möglichkeit vorgesehen, Personen zu beauftragen, die nicht im Besitz der vorgeschriebenen Titel und Voraussetzungen sind. Die in diesem Artikel vorgesehene Direktorenberufung ist un-

bedingt notwendig, will man am Anfang des Schuljahres einen rechtzeitigen Unterrichtsbeginn und eine reibungslose Abwicklung des Schulbetriebes während des ganzen Schuljahres gewährleisten.

Laut Art. 44 können Lehrer, Betreuer und Erzieher mit der Führung einer Direktion beauftragt werden und Art. 45 sieht die entsprechende Vergütung vor.

Im Art. 46 wird bestimmt, daß die Aufträge vom zuständigen Assessor erteilt werden, daß der Beauftragte nach Erhalt des Auftragsdekretes seine Zusagen geben muß, und daß der zuständige Assessor auch Stundenänderungen vornehmen kann.

Art. 47 regelt die vereinfachte Prozedur in der Beauftragung und Bezahlung der Referenten, die in Berufsertüchtigungskursen und in Weiterbildungskursen für das Lehr- und Erzieherpersonal Konferenzen abhalten. Nähere Erläuterungen dazu wurden in der Einleitung gegeben.

Durch Art. 48 wird die Möglichkeit geboten, berufliche Fortbildungskurse auch in Privatbetrieben abzuhalten. In der letzten Zeit hat sich immer öfters die Notwendigkeit ergeben, außerhalb der größeren Schulzentren Fortbildungskurse für Arbeiter abzuhalten. Das kann nur geschehen, wenn die Lokale und Maschinen der Privatbetriebe für die Schulung in Anspruch genommen werden können. Die Arbeiter ersparen sich dadurch Fahrzeiten und Geld und sind deshalb eher bereit, an den gebotenen Weiterbildungsmöglichkeiten teilzunehmen.

Art. 49 sieht die Möglichkeit der Beauftragung von Hilfspersonal für besondere Fälle vor.

Art. 50 besagt, daß bei Abwesenheit des Stelleninhabers oder des Beauftragten ein Supplent eingesetzt werden kann.

Die Bestimmungen des Art. 51 über Altersgrenze und der Art. 52 über wirtschaftliche Behandlung des beauftragten Personals enthalten im Vergleich zu der früheren Regelung keine wesentlichen Änderungen; es wurden lediglich die neuen Personalkategorien eingefügt und eine übersichtlichere und klarere Formulierung getroffen.

Die Art. 53 und 54 bezüglich Disziplinarmaßnahmen und Urlaube bleiben im Vergleich zu den bereits bestehenden Bestimmungen im wesentlichen unverändert. Es werden darin lediglich die neuen Personalkategorien mit berücksichtigt.

Art. 55 betrifft die periodischen Gehaltsvorrückungen nur mehr für das beauftragte Personal, während in der früheren Fassung auch die für das Stammrollenpersonal enthalten waren. Die zweijährigen Gehaltsvorrückungen für das Stammrollenpersonal der Berufsausbildung werden durch den in Art. 80 enthaltenen Verweis auf die allgemeinen Bestimmungen für das Landespersonal gewährleistet.

Im Art. 56 wird zu dem bereits geltenden Text über die Anerkennung von Vordiensten die Zusatzbestimmung eingefügt, daß die Vordienstjahre, die im Auftragsverhältnis "auf unbestimmte Zeit" geleistet wurden, bei einer eventuellen Eingliederung in die Stammrolle voll anerkannt werden.

Art. 57 sieht vor, daß das beauftragte Personal der Berufsausbildung

bei denselben Versicherungsinstituten eingetragen wird wie das Stammrollenpersonal.

Im Art. 58 wird verfügt, daß dem beauftragten Personal mit voller Stundenverpflichtung dieselbe Abfertigung zusteht wie dem Stammrollenpersonal. Auch steht eine Abfertigung für die Jahre mit Teilauftrag zu, wie dies auch bisher der Fall war.

Art. 59 verweist auf die Bezugnahme der für das Stammrollenpersonal geltenden Bestimmungen.

Art. 60 sieht vor, daß Beurteilungen nach dem ersten und in der Folge nur mehr alle 2 Jahre gegeben werden. Diese Regelung besteht bereits für die übrigen Landesbediensteten. Zudem werden nähere Erläuterungen über die Umstände und Fakten, die bei der Abfassung der Beurteilungen in Betracht gezogen werden sollten, gegeben.

Mit Art. 61 wird die Amtsperiode der Disziplinarkommission von ursprünglich 3 Jahren auf die Dauer der Legislaturperiode ausgedehnt.

Art. 62 verfügt, daß das Personal der Berufsausbildung den ordentlichen Urlaub nur während der Schulferien nehmen kann.

Art. 63 betrifft die Außendienstregelung, die lediglich der des Personals der bäuerlichen Berufsausbildung angeglichen wurde. Neu ist die Bestimmung, daß in Zukunft die ungünstig gelegenen Schulorte mit Verordnung festgelegt werden. Somit ist gewährleistet, daß in der Außendienstvergütung für das Personal der gesamten Berufsausbildung einheitliche Kriterien angewandt werden.

Der Art. 64 betrifft die Unvereinbarkeit und die Häufung von Amtsstellungen und weist dafür ausdrücklich auf die für das übrige Landespersonal geltende Regelung hin.

Art. 65 hinsichtlich der Zusammensetzung des Verwaltungsrates wurde so formuliert, daß auch die neuen Personalkategorien berücksichtigt sind.

Im Art. 66 über die Aufgaben des Verwaltungsrates, wurde die Bestimmung gestrichen, daß für Schulungen des Personals das Gutachten des Verwaltungsrates eingeholt werden muß. Diese Vorgangsweise kann unmöglich eingehalten werden, weil die meisten Weiterbildungsveranstaltungen für Berufsschullehrer kurzfristig bekanntgegeben werden und eine Befragung des Verwaltungsrates allein aus Zeitgründen gar nicht möglich wäre.

Die im Art. 67 enthaltene Bestimmung ermöglicht es, als Sekretär des Landesbeirates für die Berufsausbildung sowohl einen Beamten als auch einen Lehrer zu ernennen. Auf Grund der früheren Verordnung konnte dieses Amt nur ein Beamter der höheren Laufbahn innehaben.

Der Art. 68 ermöglicht die Versicherung von Besuchern der Berufsschulen und der Berufsertüchtigungskurse, sowie der Heiminsassen.

Art. 69: Zur Erfüllung aller dem Inspektorat für die Berufsausbildung übertragenen Aufgaben, ist die Schaffung einer 2. Akademikerstelle unbedingt notwendig. Übergangsbestimmungen:

Die nun folgenden Übergangsbestimmungen haben vor allem den Zweck, die Lehrer der Berufsausbildung sowie die Betrauer für Behinderte und die Heim-erzieher, die zum Teil schon seit mehreren Jahren im Auftragsverhältnis

Dienst bei der Berufsausbildung des Landes geleistet haben, in ein fixes Anstellungsverhältnis zu bringen. Diese Mitarbeiter haben sich im Laufe der Jahre wertvolle Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten angeeignet und sind ihren Aufgaben stets zur vollsten Zufriedenheit nachgekommen. Es kann deshalb nur von Vorteil sein, wenn sie in Zukunft ihren Dienst in einem gesicherten Anstellungsverhältnis versehen können.

In den Art. 70 - 73 wird die Durchführung von internen Wettbewerben für Lehrer, Betreuer und Heimerzieher vorgesehen.

Art. 74 sieht die Eingliederung des technischen Hoteldirektors in die Stammrolle mit einer Sonderlaufbahn vor. Dazu muß betont werden, daß die Stelle eines Hoteldirektors in der freien Wirtschaft verhältnismäßig gut honoriert wird, weshalb es notwendig ist, auch hier eine Sondermaßnahme zu treffen.

Art. 75 regelt die Anerkennung der Vordienste und zwar so, daß alle Jahre, die mit einem Vollzeitauftrag im Dienste der Landesverwaltung geleistet wurden, anerkannt und voll berücksichtigt werden. Dieses Kriterium ist umso begründeter, als in der Berufsausbildung nicht alle 1 - 2 Jahre ein Wettbewerb durchgeführt werden kann, weil man zunächst einmal abwarten muß, bis sich die einzelnen Stellen auch für die Zukunft als gesichert erwiesen haben. Nur wenn dies zutrifft, wird die Stelle endgültig ausgeschrieben.

Im letzten Absatz dieses Artikels ist auch die Anerkennung, bis zum Höchstmaß von 3 Jahren, der an Staatsschulen geleisteten Dienste vorgesehen.

Die Art. 76 und 77 betreffen die Einstufung von Behindertenbetreuern und Hilfspersonal.

Der Art. 78 ist als Folge der neuen, im Art. 42 enthaltenen Bestimmungen notwendig.

Im Art. 79 wird eine Frist von 2 Jahre festgelegt, innerhalb welcher die Übergangsbestimmungen durchgeführt werden müssen.

Im Art. 80 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für all das, was in diesem und in allen übrigen für die Berufsausbildung geltenden Gesetzen nicht eigens vorgesehen ist, die Bestimmungen der allgemeinen Personalordnung der Landesbediensteten vom 3. Juli 1959, Nr. 6, gelten und folglich auch auf das Personal der Berufsausbildung anzuwenden sind.

Art. 81 und 82 nehmen Bezug auf die dem Gesetz angefügten Tabellen und es wird festgelegt, daß alle Stellen in Überzahl, die im Bereich des Personals der Berufsausbildung auf Grund vorhergehender Gesetze bestehen, mit Inkrafttreten dieses Gesetzes erlöschen.

Mit Art. 83 werden alle Bestimmungen, die im Widerspruch zu diesem Gesetz sind, außer Kraft gesetzt.

Art. 84 sieht die Möglichkeit der Ausarbeitung eines koordinierten Einheitstextes der auf diesem Gebiet bestehenden Gesetze vor.

Der Art. 85 enthält die Finanzbestimmung. Was die Ausgaben betrifft wird festgestellt, daß dieser Gesetzentwurf keine zusätzlichen Spesen zu Lasten des Provinzialhaushaltes im Vergleich zu den bereits mit bestehenden Gesetzen ermächtigten Auslagen in diesem Bereich mit sich bringt. Wenn nämlich mit diesem Gesetz die Stellenpläne und somit die Planstellen erweitert

werden, so sind die entsprechenden Ausgaben schon zu Lasten des Provinzialhaushaltes, da die Provinz ermächtigt war, beauftragtes, nicht Stammrollenpersonal, einzustellen und dies auch getan hat; für einen Teil davon wird eben mit dieser Stellenerweiterung die juristische Position geregelt und deshalb ergibt sich also die Möglichkeit der Einstufung in die Stammrolle ohne Ausgabenerhöhung.

Der Art. 86 enthält die Dringlichkeitsbestimmung.

Con il presente disegno di legge l'Amministrazione provinciale intende avviare ad una soluzione soddisfacente i seguenti problemi di fondamentale importanza:

- 1) Sistemazione della posizione giuridica ed economica degli istitutori per handicappati e degli istitutori in convitti;
- 2) eliminazione della complicata via burocratica nel conferimento di incarichi di breve durata a relatori in corsi di addestramento professionale ed in corsi di aggiornamento del personale insegnante ed educativo.

In relazione al punto 1 è da osservare quanto segue:

Già da sette anni l'Amministrazione provinciale gestisce nell'ambito della formazione professionale laboratori protetti ed altre istituzioni per handicappati. Dette istituzioni hanno la finalità di preparare gli handicappati per un posto di lavoro adatto. Con ciò è possibile l'inserimento di una parte dei prossimi così gravemente colpiti dalla sorte in uno stabile rapporto di lavoro. Dove in base alle gravi minorazioni non sia possibile l'apprendimento di una vera e propria professione - e ciò è il caso della maggioranza degli handicappati - viene fornito l'addestramento ad un lavoro manuale che permetta - nel lavoro di gruppo o singolo - la produzione di oggetti utili. Così è data la possibilità di togliere gli handicappati dal loro essere spesso vano ed inutile per avviarli ad una attività sensata ed utile.

Inoltre l'Amministrazione provinciale da tanti anni gestisce convitti annessi alle scuole professionali rispettivamente ai centri di formazione professionale atti ad alloggiare e fornire il vitto agli apprendisti ed ai frequentanti i corsi nei periodi formativi stessi. Con la gestione di convitti di questo genere anche ai giovani abitanti in località disagiate è fornita la possibilità di frequentare regolarmente la scuola professionale ed i corsi di formazione professionale.

In entrambe le predette istituzioni fin dall'inizio della loro attività operano istitutori la cui posizione giuridica ed economica finora è priva di regolamentazione legislativa al riguardo.

Essendosi però nel frattempo profilata la necessità di elevare sia i laboratori protetti sia i convitti annessi alle scuole professionali provinciali ad istituzioni stabili della Provincia è sorta l'indilazionabile esigenza di predisporre per il personale ivi operante un regolare rapporto di lavoro. A tal fine nel presente disegno di legge si istituisce la categoria del personale educativo - suddivisa nelle qualifiche di istitutori per handicappati ed istitutori in convitti - e si dettano per esso tutte le norme

riguardanti l'ammissione, le attribuzioni, l'orario di servizio ecc.

E' prevista anche la nuova categoria del personale tecnico d'albergo. A tale riguardo è da precisare che fin da principio al centro professionale alberghiero di Merano è stato annesso un albergo per garantire un'efficiente istruzione pratica a completamento di quella teorica. La gestione del predetto albergo è di competenza del direttore tecnico d'albergo. E' da sottolineare che il posto di direttore tecnico d'albergo è stato coperto già da anni con incarico a tempo determinato e che una regolamentazione legislativa in merito si rende improrogabile. La direzione generale del centro e dell'albergo è di competenza del direttore di I. classe ed è lui il responsabile.

Quale ulteriore importante nuova regolamentazione è prevista l'abbreviazione e lo snellimento dell'iter di conferimento di determinati incarichi.

Finora per qualsiasi incarico a prescindere dalla sua durata e dal carico orario dovevano essere prodotti tutti i documenti richiesti per l'assunzione in pubblico impiego. Questa esigenza più volte condusse l'Amministrazione in non indifferenti difficoltà onde corsi già predisposti e programmati per un certo periodo dovevano essere sospesi ed addirittura annullati perchè i relatori previsti per il corso non erano disposti a munirsi della complessa documentazione richiesta. A ciò va aggiunto che specialmente per le conferenze tecnico-pratiche l'Amministrazione è costretta ad incaricare liberi professionisti e tecnici esperti di aziende private. Tali elementi per lo più soltanto dietro richieste ed insistenti inviti sono disposti alla collaborazione anche perchè il compenso economico non appare affatto attraente. Se in più si chiede l'onere di una documentazione così complessa non è da stupirsi, se dette persone non sono più disposte ad assumere gli incarichi.

Se per l'avvenire in questo settore si vuole operare tempestivamente ed in modo sbrigativo innanzitutto deve essere modificato l'iter del conferimento degli incarichi ed in più deve essere semplificata ed accelerata la modalità della liquidazione dei compensi spettanti; a tutto ciò si provvede con l'art. 47 del presente disegno di legge.

Oltre alla regolamentazione dei punti base di cui sopra si è provveduto anche alla modifica, all'integrazione od all'abrogazione rispettivamente alla sostituzione di una serie di disposizioni già in vigore che però andavano incontro alle esigenze e circostanze. Per la maggior parte si tratta di disposizioni attualmente già in vigore che devono essere completate delle categorie di personale la cui istituzione è prevista nel presente disegno di legge. Sono contemplate anche disposizioni che in passato non di rado erano oggetto di controversie circa l'interpretazione da attribuire o che andavano adeguate alla regolamentazione in atto per il restante personale della Provincia.

Premesso quanto sopra si passano ora in breve rassegna i singoli articoli del disegno di legge.

Negli artt. 1, 2 e 3 sono introdotte le categorie e qualifiche del per-

sonale educativo e del personale tecnico d'albergo ed è stabilita l'equiparazione delle rispettive carriere a quelle del restante personale dipendente della Provincia.

Nell'art. 4 la libertà di insegnamento è definita in modo più chiaro.

L'art. 5 concerne i requisiti generali richiesti per la nomina ai posti di ruolo, mentre l'art. 6 prevede una parziale modifica delle disposizioni attualmente in vigore circa i titoli di studio e professionali degli insegnanti del settore alberghiero-turistico. In più in questo articolo sono fissati i titoli di studio e professionali degli istruitori per handicappati ed in convitti e del direttore tecnico d'albergo.

Con gli artt. 7 e 8 viene regolato lo svolgimento dei concorsi e la composizione della relativa commissione esaminatrice.

L'art. 9 stabilisce le modalità di nomina e delinea le attribuzioni e le competenze dell'ispettore provinciale, mentre l'art. 10 contiene le disposizioni concernenti l'assunzione in ruolo dei direttori della formazione professionale.

Nell'art. 11 si stabilisce che in caso di assenza dell'ispettore o di un direttore possa essere nominato un sostituto. L'ispettore può essere sostituito da un direttore di I. classe, mentre il direttore di regola è sostituito da un insegnante idoneo scelto dal corpo insegnante della formazione professionale. Soltanto ove ciò non sia possibile per difetto di idonei o di insegnanti disposti ad assumere tale compito, può essere chiamata una persona estranea.

Inoltre in questo articolo è previsto il compenso spettante al sostituto.

L'art. 12 contiene la classifica dei direttori delle scuole professionali e prevede un compenso straordinario per direttori che in aggiunta alla direzione didattica di una scuola sono investiti anche della direzione di un convitto con più di cento convittori. La direzione di un convitto di tali dimensioni per il direttore comporta un maggior impegno, ha però il vantaggio che la direzione della scuola e del convitto faccia capo ad un'unica persona e che divergenze siano eliminate fin dall'origine.

L'art. 13 concerne le competenze e gli obblighi di insegnamento dei direttori.

Nell'art. 14 innanzitutto si ribadisce l'obbligo degli insegnanti a prestare servizio sia nelle scuole professionali sia nei centri di formazione professionale. Inoltre in questo articolo viene fissato il carico orario di insegnamento. E' introdotta una nuova disposizione secondo la quale gli insegnanti oltre all'obbligo di insegnamento sono tenuti a prestare servizio in attività non di insegnamento connesse con il funzionamento della scuola o del convitto entro il limite di 20 ore mensili. Difatti anche dalla legge statale è previsto tale obbligo per gli insegnanti.

Con l'art. 15 si dispone che le conferenze degli insegnanti si devono svolgere fuori dell'orario di insegnamento per non ridurre ulteriormente il diritto degli alunni al già limitato periodo dedicato all'insegnamento.

L'art. 16 tratta della prestazione di ore di insegnamento eccedenti



l'obbligo previsto dalla legge; sostanzialmente la regolamentazione è rimasta invariata. Si è provveduto alla formulazione più chiara ed è stato modificato quanto segue:

- a) le ore di insegnamento eccedenti il limite massimo dell'obbligo previsto prestate in corsi serali sono retribuite come ore normali; per le ore di insegnamento tra il minimo ed il massimo dell'obbligo previsto si applicano le disposizioni in atto per il restante personale dipendente dalla Provincia;
- b) il numero massimo delle ore di insegnamento in soprannumero ammissibili è stato aumentato da sette ad otto ore settimanali.

L'art. 17 contiene la classifica dei direttori delle istituzioni per handicappati e prevede un compenso straordinario qualora il direttore in aggiunta al laboratorio sia investito della direzione di un convitto annesso con più di 80 convittori.

Nell'art. 18 sono regolate le attribuzioni e nell'art. 20 l'orario di servizio degli istitutori per handicappati ed in convitti.

Nell'art. 22 si dispone che il predetto personale deve appartenere al gruppo linguistico degli handicappati e dei convittori.

Dall'art. 23 all'art. 26 si tratta delle attribuzioni, dello svolgimento della carriera, degli obblighi di servizio e del congedo del direttore tecnico d'albergo, mentre nell'art. 27 si fa rinvio alle disposizioni generali in vigore. Con gli artt. 28 e 29 le disposizioni già vigenti che riguardano il periodo di prova ed i trasferimenti sono estese anche al personale educativo.

L'art. 30 concerne gli importi dovuti per vitto ed alloggio da versare dal personale che per esigenze di servizio è costretto a trattenersi nel centro nei periodi di consumazione dei pasti e durante la notte.

L'art. 31 prevede che il personale insegnante, su domanda, possa essere adibito anche al servizio di istitutore; l'art. 32 dispone che il personale possa essere addetto anche alla consulenza tecnica.

L'art. 33 tratta della designazione dei rappresentanti del personale nelle varie commissioni.

L'art. 34 ha per oggetto il distacco di personale all'ispettorato per la formazione professionale. Si tratta di una disposizione già in vigore. È stato aggiunto l'obbligo di servizio di 40 ore settimanali e l'estensione della disposizione al personale educativo.

Con l'art. 35 all'ispettore viene assegnato un'anticipazione di cassa per agevolare un tempestivo assolvimento degli obblighi di pagamento di sua competenza. Per i direttori tale disposizione vale già da tanto tempo.

L'art. 36 prevede la possibilità che l'Amministrazione provinciale nell'ambito della formazione professionale si avvalga di personale incaricato. Tale disposizione è già in vigore e viene ora estesa alle nuove categorie di personale istituite con la presente legge. Inoltre si precisa che gli effetti giuridici, economici e gli altri effetti dell'incarico decorrono dall'inizio dell'effettivo servizio.

L'art. 37 spiega i motivi di cessazione dell'incarico.

Negli artt. 38 - 41 sono specificati gli organi competenti per:

- a) l'approvazione dei posti da conferire per incarico;
- b) la fissazione dei criteri e della modalità da seguire nel conferimento degli incarichi;
- c) la compilazione delle graduatorie;
- d) l'istituzione di nuovi posti.

Quale importante innovazione l'art. 40 prevede che le graduatorie vengano approvate non più dalla Giunta provinciale ma dal Comitato degli Assessori. In questo modo è abbreviato l'iter amministrativo non essendo più obbligatorio il controllo preventivo e la relativa registrazione della Corte dei Conti. La Corte dei Conti provvederà al controllo delle graduatorie in sede di controllo dei mandati di pagamento della retribuzione.

Secondo l'art. 41 spetta al comitato degli Assessori l'istituzione dopo l'inizio dell'anno scolastico di nuovi posti d'insegnamento ove si dovesse rendere necessaria.

L'art. 42 detta norme chiare in materia di "incarichi a tempo indeterminato". Tale forma di incarichi esisteva anche in passato però erano sorti dubbi di interpretazione causati dalla poco chiara formulazione del testo della legge; con la nuova dicitura si è inteso ovviare a tale inconveniente. Nel nuovo testo si stabilisce che gli "incarichi a tempo indeterminato" vengono conferiti soltanto qualora si tratti di incarichi annuali e con orario pieno e l'aspirante si trovi in possesso dei titoli e requisiti richiesti. Finora tali incarichi venivano conferiti anche con orario ridotto.

L'art. 43 prevede gli incarichi da conferire per chiamata diretta da parte dell'Assessore competente. Tale modalità di incarico viene adottata però soltanto in determinati casi ad esempio in difetto di aspiranti collocati in graduatoria, od in caso di rinuncia all'incarico da parte degli aspiranti utilmente collocati, nonché nei casi di incarichi con un carico orario molto esiguo ed in caso di incarichi straordinari ai sensi del successivo art. 47. E' prevista anche la possibilità di incaricare persone non in possesso dei titoli e requisiti richiesti. La chiamata diretta prevista in questo articolo è indispensabile per garantire un puntuale inizio ed un regolare svolgimento dell'attività didattica nel corso dell'anno scolastico.

Secondo l'art. 44 insegnanti ed istitutori possono essere incaricati della direzione e l'art. 45 prevede il relativo compenso.

Nell'art. 46 si stabilisce che gli incarichi vengono conferiti dall'Assessore competente, che l'incaricato è obbligato a fare accettazione espressa e che è l'Assessore l'organo competente alla variazione delle ore di incarico.

L'art. 47 regola le modalità di conferimento di incarico e della retribuzione dei relatori che svolgono conferenze in corsi di addestramento professionale ed in corsi di aggiornamento del personale. Chiarimenti più dettagliati in merito sono stati forniti nelle premesse di questa relazione.

Con l'art. 48 viene data la possibilità di svolgere corsi di formazione professionale anche in aziende private. Ultimamente più volte è sorta la necessità ad effettuare corsi di formazione professionale per lavoratori anche fuori dei centri scolastici. A tal fine è indispensabile che locali e mac-

chinari delle aziende private possano essere utilizzati per l'addestramento in questione. Così facendo i lavoratori evitano spese e lunghi viaggi e sono quindi più facilmente disposti a frequentare i corsi predetti.

L'art. 49 prevede la possibilità di incarico di personale ausiliario per esigenze particolari.

Nell'art. 50 sono regolate le supplenze per il caso di assenza del titolare del posto o dell'incaricato.

Le disposizioni dell'art. 51 concernenti il limite di età e detto art. 52 concernenti il trattamento economico del personale incaricato in relazione alla precedente normativa non contengono sostanziali modifiche; ci si è limitati ad aggiungere le nuove categorie di personale ed a provvedere ad una formulazione più chiara.

Gli artt. 53 e 54 concernenti le sanzioni disciplinari ed i congedi sono rimasti invariati a confronto della normativa già in vigore; sono aggiunte le nuove categorie di personale.

L'art. 55 concerne gli aumenti periodici di stipendio per il personale incaricato, mentre nella dicitura precedente era compreso anche il personale di ruolo. Gli scatti biennali per il personale di ruolo della formazione professionale sono garantiti dal rinvio alle norme generali vigenti per i dipendenti della Provincia di cui all'art. 80.

Nell'art. 56 alla normativa già in vigore concernente il riconoscimento del servizio preruolo viene aggiunta la disposizione secondo la quale gli anni di servizio prestati in veste di "incaricato a tempo indeterminato" vengono riconosciuti per intero in caso di eventuale assunzione in ruolo.

L'art. 57 prevede che il personale incaricato della formazione professionale venga iscritto ai medesimi istituti assistenziali e previdenziali del personale di ruolo.

Nell'art. 58 si dispone che il personale incaricato ad orario pieno ha diritto alla stessa indennità di buona uscita che spetta anche al personale di ruolo. Inoltre spetta una indennità di buona uscita per gli anni prestati ad orario ridotto, come era previsto anche finora.

L'art. 60 prevede l'attribuzione delle note di qualifica per il primo anno di servizio ed in seguito ad intervalli di due anni. Analoga disposizione è già in vigore per il restante personale dipendente dalla Provincia. In più si forniscono elementi di valutazione per la compilazione delle valutazioni stesse.

Con l'art. 61 la durata in carica della commissione di disciplina viene elevata da 3 anni alla durata della legislatura.

L'art. 62 dispone che il congedo ordinario del personale addetto alla formazione professionale debba essere fruito nelle vacanze scolastiche.

L'art. 63 concerne il trattamento di missione che è stato equiparato a quello in atto per il personale della formazione professionale agricola. E' nuova la disposizione secondo la quale le località disagiate in futuro sono da stabilire con regolamento. Con ciò si garantisce un trattamento indifferenziato per tutto il personale della formazione professionale per quanto riguarda il trattamento di missione.

L'art. 64 concerne l'incompatibilità ed il cumulo di impieghi e fa un rinvio esplicito alle disposizioni vigenti per il restante personale dipendente dalla Provincia.

L'art. 65 concernente la composizione del consiglio di amministrazione è stato formulato nel senso che in futuro non sarà più necessario il parere del consiglio di amministrazione in materia di aggiornamento del personale. Detta procedura in pratica non può essere seguita perchè i corsi di aggiornamento per insegnanti di scuola professionali per la maggior parte sono resi noti poco prima e quindi già per ragioni di tempo non sarebbe possibile la consultazione del consiglio di amministrazione.

La disposizione dell'art. 67 permette la nomina sia di un impiegato sia di un insegnante alla carica di segretario del Comitato provinciale per la formazione professionale. In base alla normativa precedente tale carica doveva essere coperta da un impiegato della carriera direttiva.

L'art. 68 concerne l'assicurazione dei frequentanti scuole professionali e corsi di addestramento professionale, nonché dei convittori.

Art. 69: per l'espletamento di tutti i compiti affidati all'ispettorato della formazione professionale è indispensabile l'istituzione di un secondo posto di laureato.

Disposizioni transitorie:

Le disposizioni transitorie hanno lo scopo di permettere l'inserimento degli insegnanti della formazione professionale in uno stabile rapporto di impiego, nonché l'inserimento degli istitutori per handicappati ed in convitti che già da più anni hanno acquisito preziose esperienze, conoscenze e capacità ed hanno svolto i compiti loro affidati alla massima soddisfazione di tutti. E' quindi tutto vantaggio dell'Amministrazione se in futuro possono svolgere il loro servizio quale dipendenti inquadrati in uno stabile rapporto di impiego.

Negli artt. 70 - 73 è previsto lo svolgimento di concorsi interni per insegnanti, istitutori per handicappati ed in convitti.

L'art. 74 prevede l'inquadramento in ruolo del direttore tecnico d'albergo. E' da precisare che il personale con la qualifica di direttore d'albergo nell'impiego privato è retribuito relativamente bene e perciò si rende necessario un trattamento speciale.

L'art. 75 regola il riconoscimento del servizio precedentemente prestato di modo che tutti gli anni prestati quale incaricato ad orario pieno alle dipendenze dell'Amministrazione provinciale vengano riconosciuti per intero. A maggior ragione si applicano questi criteri non essendo possibile nella formazione professionale bandire ogni 1 - 2 anni un concorso perchè è doveroso aspettare che i singoli posti si dimostrino garantiti e stabili anche per il futuro. Soltanto ove ciò accada il posto viene messo a bando.

Nell'ultimo comma è previsto anche il riconoscimento, entro il limite massimo di tre anni, del servizio precedentemente prestato presso scuole statali.

Gli artt. 76 e 77 concernono l'inquadramento di istitutori per handicappati e di personale ausiliario.

L'art. 78 non è altro che una logica conseguenza delle nuove disposizioni introdotte dall'art. 42.

Nell'art. 79 si stabilisce il termine di scadenza di due anni a decorrere dalla data di entrata in vigore per l'attuazione delle disposizioni transitorie.

L'art. 80 per quanto non previsto da questo disegno di legge fa espresso rinvio alle disposizioni dell'ordinamento del personale della Provincia di cui alla legge provinciale 3 luglio 1959, n. 6 e quindi esse in quanto compatibili si applicano anche al personale della formazione professionale.

Gli artt. 81 e 82 fanno riferimento alle tabelle allegate alla presente legge e si precisa che tutte le posizioni soprannumerarie esistenti nell'ambito del personale della formazione professionale in base alla precedente legislazione sono soppresse con l'entrata in vigore della presente legge.

L'art. 83 dispone l'espressa abrogazione di tutte le norme in contrasto con la presente legge.

L'art. 84 prevede l'emanazione di un testo coordinato delle leggi sull'ordinamento del personale della formazione professionale.

L'art. 85 contiene la disposizione finanziaria. Per quanto riguarda la spesa si nota che il presente provvedimento non comporta maggiori oneri a carico del bilancio provinciale rispetto alle autorizzazioni di spesa previste dalla vigente preesistente legislazione provinciale in materia. Infatti se con questa legge si ampliano relativamente gli organici, perciò i posti di ruolo, i corrispondenti oneri finanziari risultano già a carico del bilancio provinciale in quanto la Provincia era autorizzata ad assumere ed ha di fatto assunto personale incaricato, non di ruolo, per parte del quale si definisce la posizione mediante appunto l'ampliamento degli organici e perciò la possibilità di inquadramento degli stessi in ruolo senza aumento in spesa.

L'art. 86 dichiara l'urgenza.

**PRÄSIDENT:** Ich ersuche die erste Kommission um ihren Bericht.

**DUBIS (SVP):** Die erste Gesetzgebungskommission ist am 23. November 1977 zusammengetreten, um den Landesgesetzentwurf: "Änderungen zur geltenden Personalordnung der Berufsausbildung" der im vergangenen August von der Zentralregierung rückverwiesen wurde nochmals zu behandeln.

Der zur Sitzung erschienen zuständige Landesrat Dr. Anton Zeiger erläuterte die von der Regierung gemachten Beanstandungen, worauf die Kommission nach eingehender Diskussion die beanstandeten bzw. neuformulierten Artikel 5, 47, 49 und 75 behandelte, und den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit stimmenmehrheitlich bei 1 Enthaltung genehmigte.

-----  
La prima Commissione legislativa si è riunita il 23 novembre 1977 per riesaminare il disegno di legge provinciale: "Modifiche al vigente ordinamento del personale addetto alla formazione professionale provinciale", rinviato dal Governo centrale nel mese di agosto di quest'anno.

E' intervenuto alla seduta l'Assessore competente Dr. Anton Zelger, che ha illustrato le obiezioni mosse dal Governo; dopo ampia discussione la Commissione ha esaminato gli articoli che avevano dato adito alle critiche da parte del Governo e che sono stati riformulati (artt. 5, 47, 49 e 75). Il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato a maggioranza con un'astensione.

**PRÄSIDENT:** Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer wünscht das Wort? Niemand. Die Generaldebatte ist geschlossen. Wir stimmen über den Übergang zur Sachdebatte ab: mit vier Stimmenthaltungen genehmigt.

Es ist jetzt üblich, nachdem nicht alle Artikel abgeändert worden sind, sondern nur einige wenige, daß wir nicht alle Artikel verlesen sondern, wenn die Abgeordneten damit einverstanden sind, nur diejenigen Artikel, die in zweiter Fassung nach der Rückverweisung aus Rom von der Landesregierung neu formuliert wurden.

#### Art. 5

##### Requisiti generali

L'art. 4 della legge provinciale 5 settembre 1964, n. 15, e successive modifiche e integrazioni, è sostituito dal seguente:

"Per la nomina ai posti di ruolo sono richiesti i seguenti requisiti generali:

- 1) cittadinanza italiana;
- 2) età non inferiore agli anni 18 e non superiore gli anni 35, salvo gli aumenti dei limiti di età previsti dalle leggi vigenti;
- 3) buona condotta;
- 4) idoneità fisica all'impiego;
- 5) posizione regolare per quanto riguarda gli obblighi di leva e del servizio militare;
- 6) attestato di cui all'art. 4 del D.P.R. 26 luglio 1976, n. 752, limitatamente al personale non docente.

Ove per l'ammissione al concorso sia richiesta la laurea, il limite di età è elevato di 5 anni. Si applicano, inoltre, gli aumenti dei limiti di età previsti dalle leggi vigenti.

L'Amministrazione provinciale ha facoltà di sottoporre i candidati a visita medica di controllo prima dell'assunzione.

Nessun limite di età è prescritto per i candidati titolari di posti di ruolo in un ente pubblico. Per il personale non di ruolo in servizio presso la formazione professionale provinciale il limite massimo di età è elevato di tanti anni quanti sono quelli prestati a orario pieno e proporzionalmente per quelli a orario incompleto, ma comunque non inferiore alla metà e fino a un massimo di dieci anni, esclusi gli aumenti dei limiti di età previsti dalle leggi vigenti per motivi demografici".

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit drei Enthaltungen genehmigt.

Art. 31

Distacco di personale insegnante

Il personale insegnante, su domanda, può essere distaccato con ordinanza dell'Assessore competente a prestare servizio di istitutore in convitti e centri per handicappati.

Il personale di cui sopra ha i diritti e doveri previsti per il personale educativo.

Hier ist ein Abänderungsantrag eingebracht von Abg. Sfondrini und Stecher, der lautet:

"Il personale insegnante su domanda e compatibilmente con i titoli di studio e con i posti disponibili può essere distaccato dall'Assessore competente e prestare servizio di istruttore in convitti e centri per handicappati. Parimenti il personale educativo su domanda e compatibilmente con i titoli di servizio e con i posti disponibili può essere distaccato dall'Assessore competente a prestare servizio di insegnamento presso i centri di formazione professionale.

Il personale di cui sopra ha i diritti e doveri previsti per il personale educativo e rispettivamente per il personale insegnante".

Wünscht jemand das Wort? Abg. Sfondrini hat das Wort.

**SFONDRINI (PSI):** E' stata proposta questa forma di emendamento, ma ce ne sarebbe stata un'altra che avremmo preferito presentare qualora la Giunta si rivelasse disposta ad accettare modifiche. Questo è stato uno degli articoli che in occasione dell'approvazione della legge fu molto dibattuto. Purtroppo anche allora non avemmo un esito positivo, ma ripresentiamo questo emendamento, perchè vi sono delle ragioni obiettive.

Il personale destinato a questa attività molto pesante dopo un certo periodo si logora fisicamente e psichicamente. Quindi con tutte le cautele del caso e per non lasciare possibilità di arbitrio che non fosse giustificato, può essere distaccato dall'Assessore competente, su domanda a prestare servizio. Cioè chiedevamo che ci sia la possibilità che il distacco non avvenga solo in un senso, ma vi sia la mobilità sul lavoro della formazione professionale.

So benissimo che c'è un impegno da parte della Giunta per ragioni comprensibili, cioè che di fronte al rinvio, da parte del Governo della legge per questi quattro articoli, si può aprire la porta ad una valanga di emendamenti che hanno a che fare con la legge e che sono anche di nuova formulazione, perchè sono nati in base alle esigenze che si sono maturate nel frattempo. Però c'è anche la necessità del personale, ecco perchè abbiamo accettato di discutere la legge in questo modo, per fare in modo che finalmente entri in vigore. Ripeto che presento questo emendamento perchè la Giunta fin da questo momento ne prenda atto, se non vuole adottarlo, e si assuma l'impegno di esaminare questo problema con il prossimo disegno di legge.

**ZELGER (Landesrat für Schule und Kultur - SVP):** Kollege Sfondrini hat mir an und für sich zu diesem Abänderungsantrag, den er eingebracht hat, bereits die Antwort mehr oder weniger in den Mund gelegt. Die Dinge liegen, um es kurz zu machen, neuerdings so: nach der Rückverweisung dieses Gesetzes durch die Zentralregierung, hat sich der Landesausschuß mit der Gesetzesvorlage neu befaßt.

Es gab da auch schon eine beachtliche Anzahl von Wünschen, von Seite des Personals, entweder in Neuauflage dessen was wir im Sommer abgelehnt haben, oder neue Wünsche, die zum ersten Mal vorgetragen worden sind. Es lag, wie gesagt, das alles vor. Der Landesausschuß hat sich dahingehend jedoch orientiert, daß er gesagt hat, es ist höchste Eile geboten, daß dieses Gesetz, in der Formulierung wie es heute vorliegt, oder höchstens in Abänderung dessen wo es vielleicht inzwischen nicht mehr durchführbar geworden wäre, genehmigt wird und hat nur diese Artikel neu behandelt, hat aber - und das ist jetzt vielleicht das Interessante - für Kollegen Sfondrini - zugleich die Verpflichtung übernommen, sobald dieses Gesetz von der Zentralregierung genehmigt ist, sofort die Wünsche die vorliegen neu zu prüfen, um zu sehen, inwieweit diesen Wünschen, mit einem neuen Zusatzgesetz, Rechnung getragen werden kann. Und wie gesagt dieser Wunsch hier ist einer jener neuen Wünsche die allerdings schon im Sommer als Wunsch anstanden, damals aber rückverwiesen wurde und jetzt einer neuen Prüfung unterzogen werden soll, aber immer erst sobald dieses Gesetz hier, das wir zur Diskussion haben, von der Zentralregierung genehmigt ist.

**SFONDRINI (PSI):** A seguito delle considerazioni fatte dall'Assessore Zelger ritiro l'emendamento sicuro che in futuro la Giunta esaminerà questo problema.

**PRÄSIDENT:** Der Abänderungsantrag ist zurückgezogen; es bleibt also der ursprüngliche Text. Ich möchte aber trotzdem zu Art. 31 stimmen; mit drei Stimmenthaltungen genehmigt.

### Capo 3

#### Art. 47

##### Incarichi straordinari

Nell'ambito dei corsi di addestramento professionale e di aggiornamento del personale insegnante ed educativo l'Assessore competente può conferire con proprio decreto incarichi ad esperti a tenere nel corso dell'anno scolastico uno o più cicli di conferenze, ciascuno della durata non superiore al limite di trenta ore, anche prescindendo dai titoli e requisiti di cui agli articoli 4 e 5 della legge provinciale 5 settembre 1964, n. 15 e successive modifiche e integrazioni.

Nello stesso decreto è determinato il compenso forfettario onnicomprensivo che può essere pagato tramite gli ispettori per la formazione professionale rispettivamente il dirigente dell'ufficio provinciale per l'adde-



stramento professionale agricolo mediante ordinativi emessi sulle aperture di credito deliberate dalla Giunta provinciale. Nella stessa deliberazione sarà nominato anche un funzionario delegato supplente, che provvederà al pagamento del compenso in caso di assenza o impedimento dell'ispettore rispettivamente del dirigente.

Il rendiconto trimestrale relativo ai fondi deliberati a favore degli ispettori e del dirigente è approvato dalla Giunta provinciale.

Le disposizioni di cui al presente articolo si applicano anche all'addestramento professionale agricolo.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

#### Art. 49

##### Incarichi di inservienti

Per lo svolgimento dei lavori di manutenzione e pulizia e per servizi di cucina nei corsi e centri di formazione professionale, nelle istituzioni per handicappati e nei convitti gestiti dalla Provincia può essere incaricato personale a contratto anche con orario ridotto; con deliberazione della Giunta provinciale il direttore competente sarà autorizzato alla stipulazione dei relativi contratti di lavoro.

Al personale di cui sopra compete il trattamento derivante dai rispettivi contratti collettivi nazionali di lavoro.

Il pagamento dei compensi relativi ai contratti di cui sopra sarà effettuato dai rispettivi direttori nel modo di cui al secondo comma dell'art. 47 o direttamente dalla ragioneria provinciale.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit einer Stimmenthaltung genehmigt.

#### Art. 75

Al personale inquadrato ai sensi degli artt. 71, 72, 73, 74 della presente legge il servizio precedentemente prestato presso la formazione professionale provinciale con mansioni uguali o analoghe sarà riconosciuto agli effetti della progressione economica e giuridica in carriera per intero per gli anni ad orario di servizio completo e in proporzione per gli anni a orario di servizio ridotto, ma comunque non inferiore alla metà.

E' inoltre riconosciuto agli effetti della progressione economica giuridica in carriera e fino ad un massimo di tre anni anche il servizio prestato ad orario pieno presso scuole statali.

Qualora il trattamento economico spettante in seguito all'inquadramento in ruolo eseguito in base alle norme transitorie della presente legge sia di importo inferiore a quello goduto finora per il servizio prestato alle dipendenze della Giunta provinciale, saranno concessi tanti aumenti periodici quanti sono necessari per assicurare lo stipendio di importo pari o immediatamente superiore di quello percepito finora.

Gli effetti dell'inquadramento del personale di cui al primo comma decorrono dal 1. ottobre 1977 anche con effetto retroattivo ove i concorsi interni debbano svolgersi dopo tale data.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit drei Stimmenthaltungen genehmigt.

Die Abgeordneten Sfondrini und Bertorelle haben eine Neufassung des Art. 80 vorgeschlagen; ich verlese sie.

Art. 80

Il personale insegnante di ruolo che alla data di entrata in vigore della presente legge svolge effettivo servizio presso i corsi per handicappati verrà trasferito d'ufficio con la stessa decorrenza nelle qualifiche del personale educativo per handicappati.

Gli incarichi a tempo indeterminato di personale che svolge effettivo servizio presso i corsi per handicappati con l'entrata in vigore della presente legge sono trasformati d'ufficio in incarichi a tempo indeterminato del personale educativo per handicappati.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Abänderungsantrag: einstimmig genehmigt.

Wer wünscht noch das Wort zur Stimmabgabeerklärung? Niemand. Dann lassen wir die Stimmzettel verteilen.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 23, Ja-Stimmen 21, weiße Stimmzettel 2. Das Gesetz ist genehmigt.

Wir kommen jetzt zu Punkt 2 der Tagesordnung: **"Anfragen und Interpellationen"**.

Punto 2) all'ordine del giorno: **"Interrogazioni e interpellanze"**.

**Anfrage Nr. 334/77** vom 14.10.1977 eingebracht durch die Abg. Sfondrini und Nicolodi, betreffend das Staatsgesetz Nr. 285 über die Jugendarbeit. Ich verlese sie:

Premesso che la legge 1 giugno 1977 n. 285 riguardante "Provvedimenti per l'occupazione giovanile" ha lo scopo di:

- a) incentivare l'impiego straordinario di giovani in attività agricole, artigiane, commerciali, industriali e di servizio, svolte da imprese individuali o associate, cooperative e loro consorzi ed enti pubblici economici
- b) finanziare programmi regionali (provinciali) di lavoro produttivo per opere e servizi socialmente utili con particolare riferimento al settore

agricolo e programmi di servizi ed opere predisposti dalle amministrazioni centrali

- c) incoraggiare l'accesso alla coltivazione della terra
- d) realizzare piani di formazione professionale finalizzati alle prospettive di sviluppo.

Premesso che per gli scopi di cui sopra per il 1977 e per i successivi 3 anni è stata stanziata la somma complessiva di lire 1.060 miliardi.

Premesso che nella nostra provincia si sono iscritti nelle liste speciali previste dalla legge suddetta nr. 587 giovani compresi tra i 15 e i 29 anni.

Tutto ciò premesso i sottoscritti consiglieri provinciali interpellano il presidente della Giunta provinciale per sapere:

- 1) se è stato predisposto entro il 30 settembre u.s. il programma annuale provinciale delle attività di formazione professionale articolato per settori produttivi e per livelli di professionalità. Se detto programma è stato rivolto ad orientare i giovani verso le attività che presentano concrete prospettive occupazionali al fine anche di fruire del concorso del Fondo sociale europeo. Se a detto programma è stata data pubblicità con le forme più idonee nei comuni, negli istituti scolastici e di formazione professionale, nelle pubbliche amministrazioni e nelle imprese.
- 2) Se è stata costituita la Commissione provinciale prevista dall'art. 3 della legge n. 285 composta da rappresentanti della provincia, delle organizzazioni sindacali, professionali; imprenditoriali maggiormente rappresentative.
- 3) Se sono state intraprese tutte le iniziative per dare uno sbocco concreto e reale alle aspettative che la legge prospetta ai giovani che si sono iscritti nelle liste speciali.
- 4) Quali contatti perciò sono stati presi dalla Giunta provinciale con gli operatori dei settori artigiano, commerciale, industriale e di servizi per favorire la possibilità in questi settori di impiego dei giovani iscritti alle liste speciali.
- 5) Se le proposte avanzate recentemente dalle organizzazioni sindacali per quanto compete l'impiego dei giovani nel settore del pubblico impiego quali: a) il censimento del fabbisogno abitativo, b) l'elettrificazione di zone di media e alta montagna, c) l'aggiornamento del catasto sono state esaminate e quale valutazione è stata data dalla Giunta provinciale.

-----  
Vorausgeschickt, daß das Gesetz Nr. 285 vom 1. Juni 1977 betreffend "Maßnahmen für die Beschäftigung der Jugendlichen" folgendes bezweckt:

- a) die Förderung des außerordentlichen Einsatzes von Jugendlichen in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Industrie und im Dienstleistungssektor, sei es bei Einzelbetrieben oder zusammengeschlossenen Unternehmen, bei Genossenschaften oder deren Verbänden, oder bei öffentlichen Wirtschaftsvverbänden;
- b) die Finanzierung von Regional- bzw. Landesprogrammen für Arbeiten an Bau-

- ten und Dienststellen, die in sozialer Hinsicht von Nutzen sind, insbesondere auf dem Landwirtschaftssektor sowie von Programmen für den von zentralen Verwaltungsstellen eingerichtete Dienste und Bauten;
- c) einen Ansporn zur Bearbeitung des Bodens;
  - d) die Verwirklichung von Berufsausbildungsplänen, die auf die Entwicklungsaussichten abgestimmt sind.

Vorausgeschickt, daß für obige Zwecke für das Jahr 1977 und die darauffolgenden drei Jahre ein Gesamtbetrag von 1.060 Milliarden Lire bereitgestellt wurde;

vorausgeschickt, daß sich in unserer Provinz 587 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 29 Jahren in die im obenerwähnten Gesetz Nr. 285 vorgesehenen Sonderlisten eingetragen haben;

all dies vorausgeschickt erlauben sich die unterfertigten Landtagsabgeordneten, den Herrn Landeshauptmann zu interpellieren, um zu erfahren

1. ob bis zum 30. September dieses Jahres das Landesjahresprogramm für die Berufsausbildung, aufgeschlüsselt nach Produktionszweigen und Berufsgraden erstellt wurde;

ob das erwähnte Programm darauf ausgerichtet ist, die Jugendlichen den Berufszweigen zuzuführen, die konkrete Beschäftigungsaussichten bieten, um auch die Unterstützung des Europäischen Sozialfonds in Anspruch nehmen zu können; ob das genannte Programm in geeigneter Form in den Gemeinden, Schulen und Berufsschulen, bei den öffentlichen Verwaltungsstellen und in den Betrieben veröffentlicht wurde;

2. ob die im Art. 3 des Gesetzes Nr. 285 vorgesehene Landeskommission, bestehend aus Vertretern der Landesverwaltung, der Gewerkschaftsorganisationen und der Berufsverbände, die am stärksten vertreten sind, eingesetzt wurde;
3. ob alle Initiativen ergriffen wurden, um den Aussichten, die das erwähnte Gesetz durch in den Sonderlisten eingetragenen Jugendlichen eröffnet, konkrete Arbeitsmöglichkeiten folgen zu lassen;
4. welche Kontaktaufnahmen zwischen den Vertretern aus dem Handwerks-, Handels-, Industrie- sowie Dienstleistungssektor und der Landesregierung erfolgt sind, um die Arbeitsmöglichkeiten für die in den Sonderlisten eingetragenen Jugendlichen in diesen Berufszweigen zu erweitern.
5. Ferner möchten die Unterfertigten erfahren, ob die kürzlich von den Gewerkschaftsorganisationen im Zusammenhang mit dem Einsatz der Jugendlichen im öffentlichen Dienst unterbreiteten Vorschläge, wie z.B. a) die Feststellung des Wohnbedarfs, b) die Elektrifizierung in Mittelgebirgsgebieten und höheren Lagen, c) die Angleichung des Katasters an den letzten Stand von der Landesregierung geprüft wurden und wie sie dieselben beurteilt.

Das Wort hat Abg. Sfondrini für die Erläuterung.

**SFONDRINI (PSI):** Credo che l'interpellanza, così come è formulata, sia sufficientemente chiara e dettagliata, per cui non c'è il bisogno di

ulteriori illustrazioni. Vi sono alcune premesse che riportano quasi integralmente i provvedimenti assunti a livello nazionale per l'occupazione giovanile, cioè la legge n. 285 e ci sono alcuni obiettivi indicati nella legge oltre ai mezzi previsti dalla legge stessa per il raggiungimento degli stessi. A queste premesse vengono poste delle domande, cioè che cosa si è fatto? E che cosa si intende fare in questo settore? Certo siamo in ritardo perchè questa è una legge che demandava una serie di compiti alle regioni ed alle province. La disoccupazione giovanile è senza dubbio un fenomeno grave specialmente in certe zone e noi abbiamo l'impressione che di fronte a questa drammaticità non solo non vi sia una risposta adeguata, ma una non risposta. Si è creata ancora una volta una delusione nei confronti del mondo giovanile intellettuale e non intellettuale, perchè per molte ragioni la collaborazione per la realizzazione di questa legge non si è avuta. Certo nella nostra provincia il discorso cambia, perchè la disoccupazione non è così drammatica come in altre zone del Paese ed anche perchè da noi ci sono diversi gruppi linguistici con liste differenziate, ma proprio perchè da noi non esiste questa situazione di drammaticità la risposta doveva essere più facile.

Entro il 30 dicembre si riapriranno le liste e forse, con una maggiore informazione, ci saranno più iscritti, ma certo bisognerà studiare bene il problema, perchè non basta aprire e chiudere liste, ma bisogna dare risposte chiare a tutti questi giovani che attendono di poter lavorare. Se oggi il mondo giovanile è in fermento, se c'è una tensione che si vuole bloccare attraverso provvedimenti eccezionali, bisogna lavorare sul serio e non dare palliativi che non servono a niente.

Questa interpellanza è stata posta per sapere che cosa bolle in pentola. Non si può certo sempre tacere, ma bisogna avere il coraggio di dire che non siamo capaci e non riusciamo a fare niente. Se non si ha voglia di fare qualche cosa bisogna dirlo chiaramente, perchè così è sempre meglio che prendere in giro i giovani facendoli andare a iscriversi nelle liste di collocamento, che non servono proprio a niente, come abbiamo già visto per i 587 giovani iscritti nelle prime liste.

Aspetto la risposta dell'Assessore competente, che spero mi smentisca, perchè in questo caso preferirei avere torto che non ragione.

**MARCON (Assessore all'industria - DC):** Innanzitutto va fatto presente che la Provincia opera nel settore della formazione e dell'orientamento professionale già da molti anni e con notevole impiego di mezzi finanziari. Nell'esercizio in corso è prevista una spesa complessiva di poco meno di 9 miliardi. Questa politica ha contribuito a contenere il fenomeno della non occupazione entro un limite veramente modesto.

Se si raffrontano i dati nella nostra provincia con la media nazionale vediamo che il rapporto di iscritti alle liste speciali di disoccupazione e la popolazione è dello 0,135% contro 1,3 della media nazionale. Abbiamo cioè una disoccupazione giovanile 10 volte inferiore rispetto alla media nazionale. Va pure rilevato in questa occasione che la legge n.

285 prevede 3 tipi di corsi di formazione professionale e precisamente: cicli di formazione professionale integrativi connessi con i contratti di formazione, i corsi per giovani soci di cooperative agricole ed i corsi per i soci di cui all'art. 27 della legge, cioè servizi socialmente utili. Occorre far presente inoltre che detti corsi devono essere concomitanti con l'inserimento del giovane nel mondo del lavoro. Essi, contrariamente a quanto avviene per l'addestramento professionale, non possono essere disgiunti dal posto di lavoro, quindi, collegamento tra formazione professionale e posto di lavoro. Questo aspetto voluto dal legislatore è determinante per la programmazione dei corsi in quanto non è l'ente pubblico che offre ai volonterosi la possibilità di qualificarsi, ma sono gli operatori dei settori produttivi e dei servizi, che con la loro adesione alla legge, assumendo giovani con contratto di formazione orientano la programmazione settoriale. Quindi, per procedere ad una razionale programmazione non è sufficiente disporre di dati relativi ai giovani in cerca di occupazione, ma occorre rilevare presso gli operatori le prospettive occupazionali in vista della prossima scadenza per la presentazione dei programmi. Entro la data del 30.9.1977 non è stato possibile disporre di alcun progetto di formazione professionale essendo ridotto il numero degli aspiranti di circa 30 unità, e ciò ha fatto cadere qualsiasi richiesta da parte delle aziende produttive. Ci trovavamo cioè di fronte a presenze di giovani con diverse capacità lavorative e di tre diversi gruppi linguistici nelle varie località della provincia e quindi c'è stata veramente l'impossibilità da parte delle aziende di fare qualsiasi proposta.

Entro la data sopraccitata la Giunta provinciale ha però provveduto a presentare emendamenti alla legge n. 85, l'approvazione dei quali permetterà di finanziare corsi di formazione professionale di bilinguismo, diretti a facilitare l'inserimento dei giovani presso gli enti pubblici, non solo sulla base della legge speciale, ma anche in vista dei prossimi concorsi. Queste modifiche sono state presentate dall'Assessore Benedikter al Presidente del Consiglio. Un sondaggio presso gli operatori economici è quanto si prefigge il comitato provinciale alla formazione professionale avvalendosi dalle facoltà previste dall'articolo 3 della legge n. 285. Appena si sarà in possesso di dati, il che non potrà avvenire in tempi brevi, la Giunta provinciale non mancherà di predisporre il proprio programma. Ai giovani lavoratori che riescono a stipulare un contratto di formazione, può comunque essere garantita la frequenza ai cicli di formazione professionali integrativi con le strutture ed i mezzi previsti dalla legislazione provinciale. Per la programmazione degli altri due tipi di corsi vale quanto già detto. Prima di poter procedere bisogna conoscere quanti e quali cooperative saranno costituite. la promozione di tali organismi non può però partire dalla Provincia. La Giunta provinciale si è più volte occupata della commissione di cui all'art. 3, ed è giunta alla determinazione che l'organo più qualificato per assolvere ai compiti previsti dalla legge è il comitato provinciale alla formazione

professionale.

La formale deliberazione in tal senso è stata presa il 21 ottobre u.s. La Giunta provinciale è dell'avviso che la legge n. 285, possa, per quanto concerne l'inserimento dei giovani nella pubblica amministrazione, essere applicata soltanto se rispetta le peculiarità della nostra provincia. Per questo motivo la Giunta provinciale ha proposto al Governo gli emendamenti già descritti. Gli assessori Rubner, Spögler, Zelger ed io, abbiamo avuto contatti informativi con i rappresentanti delle organizzazioni degli artigiani, dei commercianti, degli industriali, dei servizi e con le organizzazioni sindacali. Al fine di raggiungere gli obiettivi sopra esposti, si sta ora esaminando la possibilità di avvicinare nella maniera più adatta i singoli operatori dei settori sopra menzionati.

Per quanto riguarda l'inserimento dei giovani nel pubblico impiego, attraverso i progetti specifici, va rilevato che il presupposto per una tale operazione è il possesso dell'attestato di conoscenza della doppia lingua. Circa l'impiego dei giovani per il censimento abitativo e per l'elettrificazione nelle zone di media ed alta montagna e l'aggiornamento del catasto, occorre precisare che tali argomenti sono stati indicati dai rappresentanti sindacali in occasione della prima riunione informale del comitato provinciale per la formazione professionale; a dette enunciazioni manca il carattere di proposta concreta con relativi elementi giustificati. Però si fa presente che il censimento del fabbisogno abitativo non deve costituire il solo fine di creare posti di lavoro, ma scaturire da una effettiva necessità. Spetta alla Giunta provinciale valutare l'opportunità e la data di questa operazione. La Provincia porta avanti già da tempo l'elettrificazione delle zone di montagna. Non si vede perciò la possibilità di inserire i giovani in un settore altamente specializzato, se non attraverso l'assunzione degli stessi, presso le ditte del settore, con contratti a tempo determinato o di formazione. Inoltre, l'aggiornamento del catasto esula delle competenze della Provincia.

**SFONDRINI (PSI):** Quella datami dall'Assessore è una non risposta; se è vero che le proposte delle organizzazioni sindacali hanno dei limiti come la conoscenza delle due lingue ed altre cose, bisogna fare delle proposte alternative. Il fatto che il rapporto tra popolazione e iscritti alle liste è molto bassa non è una cosa particolare.

Bisogna vedere invece quali sono le sacche di disoccupazione, dove il fenomeno è più grave. Nel meridione abbiamo dei rapporti popolazione-disoccupati che non rappresenta la media nazionale, perchè è certo molto più grave che non in altre regioni. Quindi, se da noi la disoccupazione non è ancora un problema drammatico, si dovrebbe riuscire a risolvere il problema con una facilità estrema. Però anche qui sorgono problemi, perchè nel caso della formazione professionale non è possibile fare dei corsi adeguati perchè gli studenti sono troppo pochi. Allora il fatto che vi siano pochi disoccupati diventa un fatto negativo, mentre dovrebbe essere positivo e facilitare i compiti di chi deve organizzare questi corsi. So

bene che risposte non ce ne saranno e se l'Assessore ancora non lo sa glielo dico io il perchè. Perchè anche i 772 milioni previsti nella variazione di bilancio saranno stralciati. Quindi, non solamente non si dà una risposta, ma addirittura si toglie la cifra prevista in bilancio. L'Assessore alle finanze ha presentato un emendamento in tal senso l'altro ieri. Però se a livello nazionale si riesce ad affrontare il problema nella misura del 10%, qui da noi si dovrebbe riuscire a risolvere il problema globalmente. Quando verrà resa pubblica la notizia che non ci sono i fondi per organizzare i corsi voglio vedere che cosa succederà.

Ci saranno almeno 580 persone che non si faranno più prendere in giro, che rifiuteranno di fare la strada da casa loro fino all'ufficio di collocamento per fare la domanda. Certamente allora saremo in una posizione di maggior chiarezza ed onestà.

E' chiaro che il problema è di difficile soluzione, ma per il numero limitato di disoccupati nei confronti del resto del Paese, per i mezzi, per la struttura che noi abbiamo dovrebbe essere ancora più facile organizzare dei corsi per coloro che vogliono frequentarli. Sicuramente questo numero di disoccupati calerà, perchè se io fossi uno dei giovani che deve ripresentare la domanda di iscrizione alle liste speciali, dopo l'esperienza fatta, non ci andrei più. Se tutti i giovani la pensassero come me, dei 580 iscritti nelle prime liste, adesso non ci sarebbe più nessuno. Se poi verrà ufficializzata la notizia che nel bilancio verrà depenalizzata la cifra stanziata per i corsi, capite tutti che il problema si risolve da solo. Questi 580 disoccupati si arrangeranno da soli tanto da poter dire sul piano teorico che è stato risolto il problema della disoccupazione giovanile. Quindi, non posso dire altro che mi ritengo insoddisfattissimo della risposta datami dall'Assessore Marcon.

**PRESIDENT:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 335/77**, eingebracht am 14.10.1977, durch die Abg. Sfondrini und Nicolodi, Ich lese sie vor:

Vorausgeschickt,

- daß im Koalitionsabkommen für die Gesetzgebungsperiode 1974/78 unter der Überschrift "Schule und Kultur" im Buchst. e) die Verpflichtung beinhaltet ist, die seinerzeit von der ONAIRC geleitete Kindergärtnerinnenschule in eine öffentliche Schule umzuwandeln;

- daß die Landesregierung beim Ministerium um öffentliche Kindergärtnerinneschulen für die italienische Sprachgruppe beantragt hat;

- daß dieses Einverständnis, wenn auch mit Verspätung, gegeben und gleichzeitig mitgeteilt wurde, daß das Ministerium der Auffassung ist, für die Errichtung obgenannter Schule müsse ein Landesgesetz verabschiedet werden und nicht allein ein Verwaltungsakt;

- daß sich die Landesverwaltung infolge der Verspätung, mit welcher das Ministerium geantwortet hat, zeitweilig für eine private Führung entschieden und diese der AEI (Associazione Educatrice Italiana) übertragen hat,

erlauben sich die unterfertigten Landtagsabgeordneten, den Herrn Lan-



deshauptmann zu interpellieren, um zu erfahren:

1. Wann genau der Antrag auf Errichtung einer staatlichen Schule gestellt wurde und wann das Ministerium für öffentlichen Unterricht geantwortet hat;
2. was die Vereinbarung mit der AEI vorsieht und somit auf wieviel sich die Kosten für die Leistung der genannten Schule zu Lasten des Landeshaushaltes belaufen;
3. wann die Landesregierung gedenkt, im Landtag das erwähnte Gesetz einzubringen, das eine erhebliche Verminderung der Ausgaben ermöglicht sowie die Übereinstimmung mit dem beim Ministerium für öffentlichen Unterricht beantragten Einverständnis mit der Verstaatlichung der genannten Schule herstellen wird.

-----  
Premesso che nell'accordo di legislatura 1974/78 sotto il titolo "Scuola e cultura" al punto e) vi è l'impegno di trasformare la scuola magistrale a suo tempo gestita dall'ONAI RC in scuola pubblica.

che la Giunta provinciale ha chiesto al Ministero della Pubblica Istruzione l'intesa per l'istituzione della scuola magistrale pubblica per maestre d'asilo per il gruppo linguistico italiano; che l'intesa, sia pure in ritardo, è pervenuta con parere favorevole; che per la istituzione della scuola suddetta è necessaria l'emanazione di una legge provinciale e non di un atto amministrativo;

che in dipendenza del ritardo della risposta del Ministero la provincia è ricorsa temporaneamente ad una gestione privata affidandola all'AEI (Associazione Educatrice Italiana).

I sottoscritti consiglieri provinciali chiedono di interpellare il Presidente della Giunta provinciale per conoscere:

- 1) la data riguardante la richiesta di istituzione della scuola statale e la relativa risposta da parte del Ministero della Pubblica Istruzione;
- 2) il contenuto della convenzione con l'AEI e quindi il costo che per tale gestione graverà sul bilancio provinciale;
- 3) quando la Giunta provinciale intende presentare al Consiglio provinciale la legge in parola che consentirà di contenere di molto la spesa e per essere coerenti con la richiesta dell'intesa formulata al Ministero della pubblica Istruzione per la statizzazione di detta scuola.

Abg. Sfondrini hat für die Erläuterung das Wort.

**SFONDRINI (PSI):** Il problema della trasformazione della scuola magistrale, che fino all'anno scorso era gestita dall'Onairc, in scuola pubblica è emerso in modo evidente in questi ultimi tempi, creando problemi che hanno già coinvolto le forze politiche e sindacali. Ho ricordato che nel programma di legislatura esiste l'impegno di trasformare la scuola magistrale in scuola pubblica. Sappiamo che la Giunta provinciale ha chiesto al ministero della pubblica Istruzione l'intesa per l'istituzione di questa scuola e ci sono state delle difficoltà, perchè - se le notizie corrispondono a verità - a livello nazionale si è stabilito un

certo numero di scuole di questo tipo e quindi c'è stata una grossa vertenza tra Giunta provinciale e Ministero della Pubblica istruzione perchè fosse dato il parere favorevole all'istituzione di questa scuola. In linea di massima direi che il Ministro competente si è espresso in modo favorevole, però si è trovato di fronte a dei limiti dovuti a quanto sopraddeito. C'è allora bisogno di presentare una leggina provinciale ed io, nella mia interpellanza, chiedo quando questa leggina verrà fatta. Noi chiediamo quindi quando si è aperto il discorso con il Ministero della pubblica istruzione, perchè è intercorso un tempo così lungo ed il contenuto della convenzione, certo se questa è già stata fatta. Ho chiesto alla Giunta la deliberazione con la quale si affidava la questione, però non conosco i termini della convenzione, perchè quest'ultima indubbiamente prevederà alcuni particolari che nella delibera non sono contenuti.

Ultima cosa vorremmo sapere che cosa costa, e che cosa è costato sul bilancio provinciale questo ritardo.

**RELLA (Assessore all'istruzione pubblica - DC):** Secondo gli accordi intervenuti con il Ministero della Pubblica istruzione, relativamente al modo di procedere per l'acquisizione dell'intesa prevista dall'art. 4 del D.P.R. 166, per quanto si riferisce all'istituzione delle scuole, proprio per l'anno scolastico 1977/78, nell'ambito di queste procedure concordate appunto con il Ministero della pubblica istruzione, la sovrintendenza scolastica di Bolzano, con una nota del 16 maggio 1977, chiedeva l'intesa alla statizzazione della scuola magistrale ex ONAIRC, conformandosi con ciò al parere obbligatorio ed unanime della sezione italiana del Consiglio scolastico provinciale, espresso in data 13 maggio 1976. Con una nota del 20 settembre 1977, prot. n. 1507, pervenuta alla Provincia autonoma il 28 settembre, il Ministero della pubblica istruzione prendeva atto della richiesta ai fini dell'intesa, facendo presente altresì che la Provincia, nel caso specifico, può procedere all'istituzione di una scuola magistrale a carattere statale soltanto con l'adozione di un apposito provvedimento legislativo.

Quindi, la risposta del ministero arriva ad anno scolastico abbondantemente iniziato. Il consigliere Sfondrini ha ricordato i momenti di preoccupazione ed i tentativi di strumentalizzazione di questa preoccupazione del non avere una scuola magistrale in provincia di Bolzano, con le difficoltà ed i disagi di un eventuale esodo fuori provincia per le frequentanti di questa scuola, e la risposta, arriva ad anno scolastico abbondantemente iniziato.

Per quanto si riferisce al punto 2), la convenzione stipulata con l'associazione educatrice italiana dal Presidente della Giunta provinciale, autorizzata dalla deliberazione n. 7773, del 30 settembre 1977, ed approvata il 14 ottobre 1977, è composta dai seguenti 6 articoli:

1) l'Associazione educatrice italiana, si impegna a far funzionare a Bolzano, in locali idonei ed adeguata attrezzatura un corso completo delle

tre classi della scuola magistrale, destinata alla preparazione delle insegnanti di scuola materna.

2) L'ordinamento degli studi, i requisiti del personale direttivo ed insegnante, le cattedre ed i programmi di insegnamento e di esame, devono essere conformi a quelli stabiliti per le scuole magistrali statali, secondo le norme del capo VII, del R.D. 26 aprile 1928, n. 1297, e del R. D. 11.8.1933, n. 1286.

3) La scuola sopraindicata è autorizzata a rilasciare titolo legale di abilitazione di insegnamento nelle scuole materne a seguito di esami di abilitazione, che dovranno svolgersi secondo quanto prescritto dagli artt. 141 e 174, del citato R.D. 26.4.1928, n. 1297 e dall'ordinanza annuale sugli scrutini ed esami nella scuola magistrale. Il diploma di abilitazione è rilasciato previo versamento della tassa di diploma dalla direzione della scuola presso la quale è stato conseguito, su modulo fornito dal Ministero della pubblica istruzione.

4) La presente convenzione che decorre dal 3.10.1977 ha la durata di un anno dal rinnovo. La Provincia ha facoltà di denunciare in ogni tempo il presente atto per motivi di natura didattico o disciplinare.

Si riserva comunque di disporre periodiche ispezioni nella scuola.

5) Ai sensi dell'art. 137, del D.R. 26.4.1928 n. 1297, la Giunta provinciale di Bolzano si riserva di concedere, su domanda, dell'AEI, un contributo sulle spese di funzionamento del corso, che sarà fissato e liquidato secondo le modalità stabilite dalla legge provinciale 10 novembre 1976, n. 45.

6) La presente convenzione è impegnativa per l'AEI, all'atto della sottoscrizione, mentre diventa efficace e vincolante per la Provincia con l'esecutività della deliberazione, con la quale essa viene approvata dalla Giunta provinciale. Le spese della convenzione sono a carico dell'AEI.

Per quanto riguarda il punto 3) debbo dire che la Giunta provinciale esamina questa possibilità di legge provinciale, nell'ambito di una normativa che comprenda anche per motivi di analogia o di trattamento anche la scuola magistrale di lingua tedesca, che in questo momento è anche retta sotto forma di scuola privata. D'altra parte la Giunta non viene meno neanche a quelli che sono i suoi indirizzi e convincimenti politici, che si ispirano alla libertà costituzionale dell'insegnamento, anche attraverso le scuole private e non soltanto le scuole pubbliche. Il consigliere Sfondrini mi deve consentire di dirgli che l'accordo di legislatura o programma di legislatura citato ha significato e valore per chi partecipa al Governo ed alla maggioranza, ma credo che in questo momento non possa essere citato correttamente da chi sta sui banchi dell'opposizione.

**SFONDRINI (PSI):** Parto dall'ultima considerazione dell'Assessore e senza voler fare polemica devo dire che il programma di legislatura è un programma che è stato presentato al Consiglio, diventa cioè un impegno della Giunta di fronte al Consiglio. E' un impegno pubblico e non segreto e credo che l'ente pubblico debba far fronte agli impegni che si assume

pubblicamente nei confronti del Consiglio e della popolazione. Quindi, si può stare di qua, di là o fuori dai banchi, fuori da questo palazzo, ma si può chiedere comunque l'adempimento dei punti programmatici dell'accordo di Giunta.

La risposta del collega Rella, passando all'interrogazione, è fortemente ambigua, e viene a dar ragione a voci di ambienti credibili, che dicono che l'intervallo di tempo intercorso dal 13 maggio al 20 settembre, non sia un intervallo dovuto all'inerzia del Ministero.

Infatti, in quel periodo al Ministero hanno consumato le scarpe parecchi personaggi politici. Alcuni volevano una risposta sollecita da parte del Ministero, altri invece no e quindi con la giacca tirata in due direzioni opposte il Ministero è rimasto immobile. Guarda caso, si riceve una risposta dopo che l'anno scolastico è già iniziato. Ma il fatto che mi fa pensare che ci sia qualche cosa di equivoco è l'ultima parte della risposta dell'Assessore. Perché facciamo le domande per istituire una scuola di Stato? Per non farla o per farla? Ed allora non si risponde che si vuole approvare un provvedimento legislativo, che in armonia ecc. Perché si tratta di due cose distinte. Questa richiesta era rivolta all'istituzione di una scuola magistrale per il gruppo linguistico italiano. Ci è stata data una risposta conseguente, ma questo non significa che bisogna aspettare chissà che cosa anche per il gruppo linguistico tedesco.

Semmai le richieste bisognava farle assieme e non ora. Aspettando si buttano via dei soldi, perché se noi abbiamo già l'intesa, significa che il Ministero si assume l'onere riguardante gli insegnanti, che sarà attorno ai 60 milioni, e quindi questo ritardo non costa meno di 80 milioni. A che pro? A pro dell'AEI o a pro del pluralismo ecc. quindi il solito discorso.

L'assessore Rella si renderà conto che la sua risposta non solo non soddisfa, ma preoccupa. In essa vi è un atteggiamento poco chiaro. Non si è detto niente riguardo all'ultima domanda, dove mi aspettavo una risposta ben chiara, perché bastava fare una leggina e non arrivare al 13 maggio del 1978, per cui si arriverà ancora a chissà quale data prima di presentare la legge. Vorrà dire che sarà nostro compito in coerenza con la decisione assunta dalla Giunta, far presentare la legge entro breve tempo. Altrimenti spetterà a noi promuovere un'iniziativa legislativa che nasce non solamente dalle nostre teste, ma che è conseguente a ciò che è stato deliberato dalla Giunta provinciale.

**PRÄSIDENT:** Die übrigen Tagesordnungspunkte und die andere Anfrage werden auf die nächste Sitzung verschoben. Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 18.05 UHR